

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 höchstens 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsseitigen Rollen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 nur das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 10 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Dienstag, den 26. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

Mit dem 1. März 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnt am 1. März der Berliner Roman

„Die bunte Reihe“

Von Fritz Maunhner.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Post-ankastellen Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

In Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Luzern, Luxemburg, Österreich-Ungarn, Rumänien, Schweden, in der Schweiz, in Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-europäischen Ländern kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 24. Februar.

Im allgemeinen ist die ungewöhnliche Streikbewegung der letzten 1 1/2 Jahre in Frankreich die Folge der industriellen Hochflut, die noch durch die Vorbereitungen zur Weltausstellung gesteigert wurde. Daneben aber wirken lokale und berufliche Besonderheiten mit, die, trotz der allgemeinen Verschärfung der Geschäftskonjunktur, immer wieder größere Ausstände hervorrufen.

Vor allem mußte das Steigen der Kohlenpreise eine Reihe von Lohnbewegungen und Streiks in der Kohlenindustrie zur Folge haben — Lohnbewegungen mit einem friedlichen Ausgang dort, wo, wie im Pas-de-Calais, die gewerkschaftliche Organisation bereits alt und stark genug ist, um den Unternehmern den nötigen Respekt einzuflöschen, um sie ohne die Kraftprobe des Streiks zu Zugeständnissen zu zwingen, — Streiks in Revieren mit jungen Gewerkschaften und altem, ungebrochenem Unternehmer-Hochmut. Letzteres ist der Fall in Montceau-les-Mines bzw. im ganzen Departement Saône-et-Loire, wo auch der König Schneider-Creusot haust.

Die Arbeiterbewegung in diesem Departement datiert, wie bekannt, erst seit dem Sommer 1899. Es war die elementare Erhebung einer mehrere Generationen hindurch verflachten Proletariatschicht mit allen starken und schwachen Seiten einer solchen Erscheinung: neben hinführendem Kampfesmut und einer von der Erfahrung nicht angekannten Siegesgewißheit ein Mangel an Organisation und an dem zum notwendigen Mißlingen, ein Mangel, dem die Führung der von auswärts herbeigeeilten erfahrenen Socialisten und die materielle Hilfe des organisierten französischen Proletariats nur teilweise abhelfen vermochte.

So hat in Creusot nach wechselvollen Kämpfen — hoffentlich nur bis auf weiteres — die brutal-knechtende Macht des Eisenthronig über die befreiende Aktion der Gewerkschaft gestiegt, nachdem ein bedeutender Teil der Arbeiter sich in einer von Schneider-Agenten geleiteten „Skaven-Gewerkschaft“ hatte organisieren lassen und die Vorstandsmitglieder der ersten Gewerkschaft sowie die dem Eisenthronig „verdächtigsten“ Elemente der Arbeiterchaft überhaupt gemahregelt worden waren. Ebenso hat der mehrmonatliche Streik der Metallarbeiter von Guignon mit einer Niederlage geendet.

Dagegen haben die Kohlengräber von Montceau-les-Mines erfolgreich gekämpft: sie haben sowohl ihre im ersten Anlauf erlangenen materiellen Verbesserungen behauptet, wie auch ihre Kampfwaffe, die Gewerkschaft, intakt erhalten. In den Wahlen 1900 eroberten sie den bis dahin von der Kohlenruben-Compagnie beherrschten Gemeinderat, an dessen Spitze als Bürgermeister der Kohlengräber Bouveri gewählt wurde. Die Macht der Gewerkschaft zeigte sich auch in der Thatsache, daß die Compagnie es nicht gewagt hat, den Bürgermeister zu mahregeln, wie das 1892 der Kohlenbaron von Carmaux mit dem Bürgermeister Colvignac getan hatte. Bouveri arbeitet feister nach wie vor als Kohlengräber um 5 Franks 40 Cts. Tagelohn. Ja, der Befreiungskampf der Kohlengräber hat die Compagnie zu einer teilweisen Aenderung des leitenden Personals gezwungen. Im Gegensatz zum früheren Direktor, der noch dem Beispiel von Schneider-Creusot eine „Skaven“-Gewerkschaft großzügig suchte, erkannte der neue Direktor Coste die echte

Gewerkschaft an. So gelang es den organisierten Arbeitern auf friedlichem Wege, einen allgemeinen Lohnzuschlag von 5 Proz. mit Neujahr 1901 zu erlangen, während die „gelbe“ Gewerkschaft, wie die Verräter der Arbeitersache im Gegensatz zur roten Gewerkschaft getauft wurden, rapid zusammenschrumpfte: sie zählt höchstens 5 bis 600 Mitglieder, darunter aber nur etwa 150 Kohlengräber, der Rest besteht aus Aufsehern und Hilfsarbeitern.

Der gegenwärtige seit dem 22. Januar andauernde Streik ist für die Masse der Kohlengräber ein Solidaritätsstreik. Es handelt sich vor allem darum, die benachteiligten Lohnkategorien, die von dem fünfprozentigen Zuschlag bei ihren geringen Löhnen sehr wenig gewonnen haben, besser zu stellen durch eine Lohnerhöhung von 25 Centimes (20 Pf.) pro Tag, und sodann wird gekämpft um die Gleichstellung der Schachtzimmerer aller Gruben. Bis her werden nämlich die Zimmerer von zwei Gruben niedriger entlohnt unter dem seltsamen Vorwand, daß die betreffenden Gruben weniger den Sticks-Explosionen ausgesetzt sind! Der Streik wurde eben von den Schachtzimmerern dieser Gruben auf eigene Faust erklärt, ohne vorheriges Befragen der Gewerkschaft. Diese mußte dann natürlich den Streik verallgemeinern und dessen Leitung übernehmen.

Während der bald fünfwochenlangen Dauer des Streiks haben die bereits kampfgewohnten Kohlengräber von Montceau eine musterhafte Disziplin gezeigt. Wenn die Compagnie es auch wollte, könnte sie mit den so dünn gesäten „Selben“ keine Wiederaufnahme der Arbeit veruchen. Der Zusammenhalt der Streikenden tritt immer wieder recht handgreiflich in die Erscheinung bei den fast alltäglichen Strafenkündigungen mit wehenden roten Bannern und klingendem Spiel und in den alltäglichen Versammlungen, die trotz der Kälte unter offenem Himmel stattfinden, und zwar vor dem Rathaus, von dessen Balkon die Redner sprechen. Der Bürgermeister Bouveri, der zugleich ja Streikender ist, marschiert natürlich stets an der Spitze der Manifestanten. Neben Bouveri und den Gewerkschaftsleitern Chalot und Chalmendier hat den Ausständigen namentlich Genosse Magence Koldes aus Paris, Mitarbeiter des „Vertit Sou“, ein junges Redner- und Agitatortalent, große Dienste geleistet. Auf seine Initiative hin wurden die gemeinschaftlichen „Volkshuppen“ eingerichtet, eine geldsparende und den Gemein-sinn der Kampfbereiten wachhaltende Form der Streikunterstützung. Und die Organisation dieser Kampfgenossenschafts-Rüche hat sich trefflich bewährt. Vom 12. bis 21. Februar wurden insgesamt 218 504 Fleischhuppen-Portionen verabfolgt, macht 11 861 Portionen pro jede der zwei Tagesmahlzeiten.

Hoffentlich wird es an der nötigen Unterstützung von auswärts nicht fehlen. Eine Niederlage würde in den gegebenen Verhältnissen die Existenz der Gewerkschaft selbst bedrohen.

Guesde und Lafargue, die dieser Tage auf einer Agitations-reise auch Montceau besuchten, haben den Streikenden eine tägliche Unterstützung von 2000 Franks in Aussicht gestellt. Sie haben in diesem Sinne einen Appell an die französischen Arbeiter gerichtet, darauf hinweisend, daß ein täglicher „Streik-Sou“ (4 Pf.) gezahlt von 40 000 Arbeitern, zur siegreichen Durchkämpfung des Streiks hinreichend wäre.

Ein Unikum in diesem Streik ist die Merikal-melinistich-nationalistische Unterstützungsk-Aktion zu Gunsten der „Selben“. Der arbeitereindliche Ringel hat es zum erstenmal mit dem kapitalistischen Mißleid für die „Arbeitswilligen“ ernst gemacht: die „Croix“ (Kreuz), das Organ der Assumptionisten-Mönche, der Merikal-monarchistische „Gaulois“, die melinistich-nationalistische „Liberte“ und die Merikal-Lyoner Zeitung „Kouveliste de Lyon“ haben Geldsammlungen für die „Selben“ von Montceau eröffnet. Und die ganze aristokratische und aristokrätelnde „Gesellschaft“ spendet große Summen zur höheren Ehre des Vaterlands, des Mars und des Geldsacks. Diese beispiellose Beschäftigung der „Arbeitswilligen“-Liebe erklärt sich freilich aus dem glühenden Haß der Spender gegen das Ministerium. Die Liga des französischen Vaterlands hat zuerst den Aufruf der „Selben“ an die gutgesinnten Franzosen mit einer 800 Franks-Spende beantwortet, das ungewöhnliche Vorgehen durch einen Ausfall gegen das die „Freiheit der Arbeit“ nicht schützende Ministerium begründend. Die Stichworte: „Nieder mit dem Ministerium!“ — „Nieder mit Kaiserreich!“ usw. stehen in den Subscriptionslisten für die „Selben“ immer wieder.

Ueberhaupt sucht die reaktionäre Koalition die ausgedehnte Streikbewegung gegen das Ministerium auszuspielen. Ihr heftester Laun oder gar nicht zurückgehaltener Wunsch ist ein Blutbad unter den Streikenden, in welchem das Ministerium erstickt würde.

Die nationalistic Klagen gegen das Ministerium wegen ungenügenden Schutzes der „Arbeitsfreiheit“ sind so sehr unbegründet, daß man sich eher über das Gegenteil zu beklagen hat. Wenn auch die Streikenden in Montceau, wie überall, wo der Gemeinderat in socialistischen Händen ist, volle Manifestationsfreiheit genießen — was man unter keinem früheren Ministerium in Frankreich gesehen hat — so sind die Streikgebiete mit Militär über-schwemmt, wie eben unter jedem anderen Ordnungsministerium. Und in dieser militärischen Besetzung der Streikgebiete liegt die denkbar schärfste Veranschönerung und die schwerste Gefahr, sobald sich „Arbeitswillige“ genug finden, um eine Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen.

Inbesondere erscheint das Verhalten der Regierung in Chalou ganzlich ungerechtfertigt. In dieser kleinen Stadt, die auf 28 000 Einwohner nur 2500 industrielle Arbeiter zählt, hätte es am wenigsten der Entfaltung der Militärmacht bedurft, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Wohl aber hat das militärische Aufgebot nicht nur die dortige Streikbewegung im Keime erdrückt und die Unter-nnehmer zu einer offensiven Re-pression-Aktion ermuntert, sondern auch zu einem Zusammenstoß mit den demonstrierenden Streikenden geführt, wobei ein Blutbad nur mit knapper Not verhütet

wurde. Daß die Streikbewegung in Chalou einen stumultuarischen Charakter annahm und, wie es zuverlässig berichtet wird, von anar-chistischen Elementen ins Werk gesetzt wurde, kann ja das brutale Vorgehen dieser Regierung am wenigsten rechtfertigen. . . . Dann kamen die Massenverhaftungen nebst der Verurteilung von etwa 50 Arbeitern, worunter 30 zu 2 bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Nicht genug damit, wurden drei Tage nach dem Zusammenstoß fünf Arbeiter als „Arbeiter“ der Kundgebung verhaftet, darunter zwei Gewerkschafts-Sekretäre! . . . Daß diese nachträglichen Verhaftungen rein auf die Einschüchterung der Arbeiterchaft berechnet waren, erfährt man daraus, daß zwei der „Arbeiter“ wieder freigelassen werden mußten, da gegen dieselben auch der Schein eines Beweises für die überhaupt imaginäre Schuld fehlte.

Zum Schluß noch die Mitteilung, daß der Föderalrat der Vergarbeiter-Gewerkschaften Frankreichs, der sich in Saint-Etienne versammelt hat, heute über die Frage des Vergarbeiter-Generalstreiks entschieden wird. Zweckmäßiger wäre es freilich, wenn die organisierten Vergarbeiter durch kräftige Unterstützung den Streikenden von Montceau und den noch seit einem früheren Datum kämpfenden Kohlengräbern von Saint-Eloy-les-Mines zum Siege verhelfen würden.

Dazu liegen folgende Nachrichten vor:

In St. Etienne (Frankreich) trat am Sonntag das Komitee des Nationalbunds der Vergarbeiter, bestehend aus Delegierten der verschiedenen Kohlenbezirke Frankreichs, zusammen und nahm folgende Beschlüsse an: 1. einen solchen, der dahin geht, daß es Pflicht aller Vergarbeiter Frankreichs sei, den Ausständigen in Montceau-les-Mines und St. Eloy zu Hilfe zu kommen; 2. einen solchen zu Gunsten eines allgemeinen Ausstands; 3. soll eine Kommission ernannt werden, welche unverzüglich den öffentlichen Bewerten die Ansprüche der Vergarbeiter in Montceau-les-Mines und St. Eloy überreichen und verlangen wird, daß den Vergarbeitern nach 25jähriger Dienstzeit eine Pension von 2 Frank täglich geföhrt werde; schließlich soll der achtstündige Arbeitstag und die Festlegung eines Minimallohns gefordert werden.

Den Generalstreik verworfen haben die Vergarbeiter von Le Creusot; sie sind gegen jeden Plan eines Generalstreiks entschieden aufgetreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar.

Der Reichstag

helt heute die kürzeste Sitzung der Session ab. In drei- viertel Stunden war der knappe Beratungstoff erledigt.

Abänderungen an der Strandungsordnung, wonach die Zahlung eines Bracks für die Kosten der Befestigung des Schiffahrtshindernisses hafien solle, wurden nach kurzer Debatte an die Kommission für die Seemannsordnung verwiesen.

Dann hatte das Haus über zehn Wahlen zu befinden. Es folgte überall den Vorschlägen seiner Wahlprüfungs-Kommission. Eine kleine Debatte entpinn sich nur über die Wahl des konservativen Abgeordneten Fetzloff (S. 386lin). Hier wurde der Antrag auf Gültigkeitserklärung, den die Kommission gestellt hatte, von dem Abgeordneten Schröder (frei. Vg.) angefochten unter Hinweis auf konservative Wahlbeeinflussung. Das Centrum stellte sich jedoch entschieden auf die Seite der Konservativen. Gegen die Stimmen der Socialdemokraten und freisinnigen Gruppen wurde die Wahl für gültig erklärt. Weitere Beweiserhebungen wurden auch über die Wahl des Abgeordneten Dr. Hänel (Riel) beschloffen. Bestätigen die Erhebungen die Angaben des Protestes, dann kann bald nach Ostern Herr Hänel seinen Sitz verlieren.

Die Wahl des Abgeordneten Dr. Zwiak (S. Berlin) wurde, wie nach den Verhandlungen in der Wahlprüfungs-Kommission nicht zweifelhaft sein konnte, für gültig erklärt.

Am Dienstag beginnt die zweite Lesung des Militär-etats.

Im Abgeordnetenhanse

wurden auch am Montag bei der Fortsetzung der Beratung des Eisenbahnetats meist wieder lokale Wünsche vorgebracht, die besser bis zu der vom Minister v. Thielen noch für diese Session ange-schuldigte Sekundärbahnbvorlage zurückgestellt blieben. Von allgemeinem Interesse waren nur vereinzelte Neben. So trat Abg. Wacc o (natl.) für eine Reform der Personentaxe ein; auch Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.) forderte eine Verbilligung der Tarife. Von Bedeutung erscheint die Anregung des Abg. Dr. Voettinger (natl.), eine Kommission von Sachverständigen zu berufen, die sich mit der Frage der Desinfektion der Personenzüge beschäftigen soll. Redner betonte die Notwendigkeit einer periodischen Desinfektion der Personenzüge und der Viehwagen. Auf fruchtbareren Boden werden alle diese Anregungen kaum fallen. Gaben wir doch, wie der Abg. Wetelamp (fr. Vp.) nicht mit Unrecht hervorhob, keinen Minister für Verkehr, sondern einen für verkehrtes Wesen.

Auch die Agrarier, in deren Namen die Abgg. v. Mendel-Steinfeld (l.) und Behr v. Wangenheim (l.) sprachen, wollen Reformen, aber nicht zur Erleichterung des Personenverkehrs, sondern der Viehtransporte. Das liegt diesen Herren ja auch näher. Wie allföhlich, so klagten sie auch diesmal wieder darüber, daß durch die Bahnbauten der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen, daß sogar kontraktbrüchige Arbeiter angestellt und daß die Landarbeiter durch Annoncen, in denen Löhne von 45 Pf. pro Stunde versprochen wird, ausgebeutet werden. Also, auch die lgl. preußische Staatsbahn,

Verwaltung ist unter die Feder gegangen! Wenn es nach dem Wunsch der Agrarier geht, sollen zu Bahnbauten nur ausländische Arbeiter verwendet werden.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. —

Drohender Zollkrieg.

Auf Bismarck's Autorität hin ist seit 10 Jahren, vor allem durch den Bund der Landwirte als oberster Schluß aller zollpolitischen Weisheit, verstanden worden, daß man sich vor den Verhandlungen mit dem Auslande dasheim mit den Interessenten über den Minimalzoll verständigen müsse, unter dem die Produzenten nicht glauben gedeihen zu können. Nach diesem Rezept hatte Caprivi nicht gehandelt. Die jetzige Regierung aber hat ein Muster von einem Tarif mit den heimischen Interessenten fertiggestellt, dessen Mindestsätze die Grenzen der Zugeständnisse an das Ausland bilden sollen. Nun zeigt es sich aber, daß auch bismarck'sche Rezepte nicht allemal passen. Die Agrarier haben den Grafen Willow so lange gepöbeln, bis er sich zwar nicht auf einen bestimmten Zollsatz, aber doch für einen „wesentlich gesteigerten“ verpflichtete. Er erscheint als Patron der agrarischen Forderung.

Aber eben das Bekanntwerden dieses Abstands zwischen Regierung und Junker hat das glatte Spiel des agrarischen Komplotts gefährdet. Das Komplotz muß erfahren, daß es eben nicht in den heimlichen Abmachungen dasheim, sondern in den Verhandlungen mit dem Auslande die Probe zu bestehen hat.

Die ganze Wache der Heimlichkeit ist durch die russische Drohnote über den Hausen geworfen. Die Voraussetzung der Möglichkeit langfristiger Handelsverträge, an der selbst der Centralverband deutscher Industrieller bei seinem Zugeständnis höherer Getreidezölle festhalten will, erweist sich als hinfällig.

Und der ersten Drohnote folgt eine zweite auf dem Fuße:

Petersburg, 24. Februar. (Telegramm der Russ. Telegr.-Agentur.) In einem Artikel, welcher im halbamtlichen „Finanzbl.“ erschienen ist, wird auf Grund der in Rußland bestehenden Zudererzeugung ausgeführt, daß der aus Rußland ins Ausland exportierte Zuder weder eine öffentliche, noch eine geheime Prämie aus der Staatskasse genieße. Die Behauptung, daß der Zuder eine Prämie auf Kosten der russischen Konsumenten erhalte, wird nach diesem Artikel vor allem schon durch den Charakter der Normierung des Zuderpreises in Rußland widerlegt, kraft deren der von Jahr zu Jahr regelmäßig herabgehende Verkaufspreis auf dem inneren Marke bestimmt werde. Die Normierung beschäufliche, auf diese Weise die Interessen der russischen Konsumenten sicher zu stellen, und keineswegs, den Export auf deren Rechnung aufzumuntern. Wenn geheime Exportprämien auf Kosten der lokalen Konsumenten überhaupt existieren, so sei dies keinesfalls eine Folge der russischen Zudernormierung, sondern nur die Schuld der Trusts und Syndikate, die sich immer mehr und mehr verschiedener Zweige der Produktion bemächtigen. Diese Organisationen sähen in dem Export wirklich nur ein Mittel, um hohe Preise auf dem inneren Markt erzielen und dieselben Preise auch im Auslande auf Kosten dieses Marktes aufrecht zu erhalten. Der Artikel fragt, ob nicht ein gefährliches Präcedenz gefahren werde durch den Wunsch, um jeden Preis noch vor der Anwendung des Kompensationszölles zu beweisen, daß durch die russische Normierung die angeblich geheimen Prämien gedeckt würden. Kraft dieser Logik, aber mit größerem Rechte, werde Rußland gezwungen, **seinerseits Kompensationszölle auf Gußeisen, Stahl, Kupfer, Steinkohle und andere Produkte** zu bestimmen, auf die das nun ins Leben tretende Prinzip mit vollem Recht angewandt werden könnte. Rußland wird vollkommen im Rechte sein, dieses neue Verfahren des Zollkampfes der Industrie nicht nur gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern vielmehr auch gegenüber den westeuropäischen Staaten anzuwenden, da die eigentümliche Idee, als ob die russische Zudernormierung geheime Prämien verdecke, keineswegs Amerika angeht; sie wurde durch Europa auf der Brüsseler Zuderkonferenz im Jahre 1898 proklamiert, und nur einer solchen aus Europa herkommenden Idee verdankt Rußland diesen ungerechten Akt der ihm beschränkten amerikanischen Staaten, der uns zwingt, auf diese ungerechte Maßregel **feindlich zu antworten.** Man darf bei alledem nicht vergessen, daß dies ein schlüpfriger Weg ist; wird auf diesem Wege weitergegangen, so werden auch wir unausbleiblich, ohne den Ablauf der Handelsverträge abzuwarten, zu gleichartigen Maßregeln nicht nur gegenüber Amerika, sondern auch gegenüber Europa gegen solche Produkte schreiten, welche eine Syndikatsorganisation erhalten haben und im Auslande wohlfeiler verkauft werden als zu Hause. Zu solchen auf den ersten Blick ungläublichen Folgen kommt man, wenn man von unrichtigen Grundsätzen ausgeht, bei der Lösung internationaler Fragen, welche vor allem die strengste Gerechtigkeit und Berücksichtigung der wechselseitigen Interessen erfordern, um das Einvernehmen der Parteien aufrechtzuerhalten.

Der Sinn und die Absicht dieser zweiten Drohnote Rußlands wird klar, wenn wir uns den deutsch-amerikanischen Streit über die amerikanischen Zuschlagszölle auf deutschen Zuder vergegenwärtigen.

In den deutschen Handelsbeziehungen zu Nordamerika spielt der Zuder eine erhebliche Rolle. Der amerikanische Zudertrast hat, um das System der Zuderausfuhrprämien europäischer Staaten anzugleichen, Zuschlagszölle auf Zuder durchgesetzt. Seit dem deutsch-amerikanischen Abkommen drängte der deutsche Gesandte in Washington, Herr v. Holleben, auf deren Beseitigung, und als diese nicht zu erreichen war, darauf, daß der Zoll auch auf russischen Zuder, der dem deutschen in der nordamerikanischen Einfuhr Konkurrenz macht, ausgedehnt werde. Zur Begründung wurde angeführt, daß in Rußland der Inlandpreis für Zuder unter Autorität der Regierung festgesetzt werde und aus diesem Inlandpreise dem Export Prämien zufließen, die, wenn auch nicht direkt aus Staatsgeldern gezahlt, doch ebenso wirken, wie staatliche Exportprämien. Die Nordamerikaner haben dem deutschen Drängen nachgegeben und Mitte Februar auch russischen Zuder mit einem Zuschlagszoll belegt.

Die russische Regierung hat, um diesen Schlag weit zu machen, allerdings auch Vergeltungsmahregeln gegen Nordamerika ins Auge gefaßt. Aber es wird in den obigen Petersburger Kundgebungen ganz offen ausgesprochen, daß man die Nordamerikaner nicht verantwortlich macht, sondern Deutschland, und daß man mit Amerika sich zu vertragen hofft. Die Amerikaner haben den Vorteil alsbald begriffen; sie hatten von vornherein Vorbehalte gemacht, als sie in der Behandlung des russischen Zuders dem deutschen Drängen nachgaben, und sie erklären jetzt, es handle sich nur um eine vorläufige Maßregel. Die russische Regierung aber bedroht Deutschland mit Zuschlagszöllen auf Eisenwaren, deren Export ebenfalls auf Unkosten des heimischen Marktes durch die Syndikate forciert wird; es werden sogar derartige Maßregeln schon vor Ablauf der Handelsverträge angekündigt auf Grund der von Deutschland erfundenen Lehre, daß Exportsubventionen von Syndikaten einer staatlichen Prämie gleich zu achten seien.

Man sieht also den Plan deutlich: Witte beabsichtigt mit Nordamerika zu einem Einvernehmen zu gelangen, um so Deutschland zugleich mit der Union zu verhegen, wenn wir mit Rußland in einen Zollkrieg geraten. Die Amerikaner würden eifrig zustimmen, um ihre Industrie aus Rußland zu verdrängen.

So ist mit einem Schlage durch die sehr geschickten Schachzüge des russischen Finanzministers dem Grafen Willow zu Gemüte geführt, daß es leicht ist, mit Junkern und Hochschulgöllernen ungeheuerliche Forderungen zu vereinbaren, daß aber im Interessenkampfe der Nationen der agrarische Dunkel schnell seine Schranken findet.

Vielleicht erinnert sich der innere Willow, der durch Kornzollerhöhung zum Bruch mit dem Ausland treibt, der Aufgaben des Willow der auswärtigen Angelegenheiten.

Auch Italien rührt sich. Die dem italienischen Ministerium nahestehende Turiner „Stampa“ widmet, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, der Erneuerung der Handelsverträge einen Leitartikel und schließt mit der Hoffnung, daß es den italienischen Unterhändlern gelingen werde, durch die Drohung auf Repressalien und durch Konzessionen für die deutsche Industrie-Ausfuhr die agrarischen Annahmen einzudämmen. Auch die hochoffizielle „Tribuna“ beschäftigt sich mit den Handelsverträgen und schreibt: Die Rußland, Oesterreich und Amerika, so beginne auch Italien allmählich die Gefahr zu erkennen und alarmiert zu werden; das sozialistische Organ fragt sodann: Kann Deutschland dem Zollkrieg und der politischen Isolierung, so entschieden entgegensehen? Die „Tribuna“ verneint diese Frage und schließt: Deutschland wird ein Industriestaat sein, oder es wird überhaupt nicht sein.

Deutsches Reich.

Ruige im Zollkampf.

Der Warnungsartikel der Petersburger „Handels- und Industriezeitung“, der unmittelbar von Herrn v. Witte inspiriert ist, zeigte in unverhohlener Spöterei das Gefühl der Ueberlegenheit, das man in Petersburg gegenüber dem obersten Beamten des Deutschen Reichs empfindet, der die bisher straflos betätigte Abenteuerlichkeit der Weltpolitik in die handelspolitischen Beziehungen zu Rußland und anderen Staaten einführen zu dürfen sich vermischt. Ja, der Artikel des Petersburger Blatts war noch weit spitziger und selbst gröber gehalten, als es nach der Wiedergabe durch das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ schien.

Im Original hieß es u. a.: daß „erst zu nehmende Staatsmänner“, welche „eine Zollermäßigung von Seiten des betreffenden auswärtigen Staats zusichern und gleichzeitig den Landwirten eine Zollserhöhung auf Rohstoffe aus diesen Staaten in Aussicht stellen, nicht das russische Reich als eventuellen Zähler für die auf diese Art gemachten Zechen im Auge haben können. Wenn, so heißt es weiter, der Reichslanzler zum Schutz der gewaltigen produktiven Kräfte seines Landes nichts andres zu finden wisse, als eine neue Verteuerung des täglichen Brotes, das der deutsche Arbeiter konsumiert, so folge daraus noch lange nicht, daß dieser Staatsmann irgend jemand glauben machen wolle, daß gerade Rußland — ein unabhängiger und mächtiger Staat — auf den Vertrag eingehen werde. Endlich war noch zu lesen, „es giebt ein großes Absatzgebiet für Getreide in den Ländern, deren Staatsmänner sich nicht von der Annahme leiten lassen, daß die Verteuerung des Brotes eine ihrer Amtspflichten sei.“

Graf Bülow beantwortet jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ die russische Drohnote durch die reizvolle Erklärung, daß er ein höflicher Gentleman auch gegenüber diesen russischen Anzüglichkeiten bleiben werde. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt, es werde in der Presse hervorgehoben,

„daß der von „Wolffs Telegraphischem Bureau“ im Auszug verbreitete Artikel der Petersburger „Handels- und Industrie-Ztg.“, der nach Angabe der „Russischen Telegraphen-Agentur“ aus dem russischen Finanzministerium stammt, verschiedene persönliche Spitzereien gegen den Reichslanzler Grafen v. Bülow enthalte. Die Thatsache ist bei der Herkunft des Artikels ungewöhnlich, aber richtig. Wir glauben indessen nicht, daß der deutsche Reichslanzler gereizt ist, dem Verfasser des Artikels auf diesem Wege zu folgen und die im Handelsverlehrs zwischen Deutschland und Rußland obwaltenden beiderseitigen Interessen einer persönlich zugespitzten Behandlung zu unterwerfen.“

Graf Bülow bleibt der Mann der weltmännischen Umgangsformen — das ist die geistvolle Antwort auf die russische Zollkriegsankündigung. Eine sachliche Widerlegung der in dem russischen Artikel aufgestellten Anschauungen wird in keiner Weise unternommen.

Unterdes fährt man in Petersburg fort, säueres Geschick gegen die deutschen Kornzoll-Erhöhungspläne aufzufahren und den Ernst der Situation allen denen, die nicht in agrarischer Verblendung jede Urteilsfähigkeit verloren haben, begreiflich zu machen.

Gegen den Brotwucher.

Am letzten Freitag und Sonnabend sprach der Abgeordnete des XVII. sächsischen Wahlkreises, Genosse Kuer, in Meerane und Hohenstein vor überfüllten Versammlungen über die neuen Handelsverträge und den Kornwucher. Beide Versammlungen nahmen einen glänzenden Verlauf; die vorgelegte Protestresolution wurde einstimmig angenommen. In der Versammlung auf der Höhe in Hohenstein waren auch die im Kreise wohnenden Anhänger Raumanns, der dort, wie ebenfalls sein Vater, als Pastor gewirkt hat, erschienen. Dieselben hatten sich in Herrn Studiosus Schneider aus Leipzig einen Redner verschrieben, der auch wiederholt in die Debatte eingriff.

In der Beurteilung des geplanten Brotwuchers trat Herr Schneider den Ausführungen des Genossen Kuer vollständig bei. In Bezug auf das tatsächliche Verhalten entwiderte er aber die bekannten Raumann'schen Anschauungen; die Arbeiter sollten vertrauensvoll sich dem Kaiser nähern und für seine Welt- und Flottenpolitik eintreten und ihn dadurch von der Unterstützung der Agrarier unabhängig machen. Genosse Kuer lehnte diese Phantasieereien in gebührender Weise ab und die den großen Saal bis zum letzten Platz füllenden Arbeiter stimmten dem Redner in so unabweisbarer Weise zu, daß die anwesenden Raumannianer sich wohl überzeugt haben werden, daß ihr Plan, bei den nächsten Wahlen den Kreis für ihren Führer zu erobern, leichter gefaßt, wie ausgeführt werden kann. — Für Sonntagmorgen war eine Volksversammlung in Bergarbeiterdorf Hohndorf anberaumt. Obwohl die Versammlung, mit Rücksicht auf die aus dem Schacht kommenden Arbeiter, erst auf 5 Uhr angesetzt war, mußte der große Saal wegen Ueberfüllung um 4 Uhr schon polizeilich abgesperrt werden. Die Versammlung verlief glänzend. Ebenso eine Versammlung an selben Tage abends 9 Uhr in benachbarten Lichtenstein. In beiden Versammlungen sprach ebenfalls Genosse Kuer. — Welchen Eindruck auf die sächsischen Textilarbeiter, die bei der jetzigen Krise mit Wochenlöhnen von 8 bis 12 Mark abgefunden werden, die von den Agrariern verlangten Zollserhöhungen auf 7,50—10,00 M. auf den Doppelcentner Korn machen, kann man sich wohl vorstellen und ist es wohl begreiflich, wenn der Oberhauptling im Brotwucher Herr Dr. Certeel eine Einladung, in der Versammlung in Hohndorf zu erscheinen, vorsichtig ablehnte.

Gegen den Brotwucher fanden Sonntag in Halle in 11 großen und kleinen Säten Volksversammlungen statt, die sehr gut besucht waren. In sämtlichen Versammlungen wurde die Protestresolution angenommen.

Die am stärksten besuchte Versammlung, welche im „Hofjäger“ abgehalten wurde, nahm einen etwas stillerischen Verlauf, da Professor Suchsland als Agent des Bundes der Landwirte den halleischen Arbeitern durch seine ebenso ungeschickten wie überaus langweiligen Ausführungen eine ganz ungläubliche Geduldsprobe zumutete. Eine unverfälschte agrarische Geist atmende Resolution wurde von dem Herrn Professor eingebracht und von dem Abg. Kunert belampt! Die socialdemokratische Resolution wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ferner haben verschiedene Protestversammlungen im Kreise Torgau, Bützberg, wo Genosse Südekum referierte, und an anderen Orten stattgefunden.

Die Diätenfrage erregt die reaktionäre Presse ebenso wie sie uns läßt läßt. „Krenz-Zeitung“, „Berliner Neuzeit Nachrichten“, „Reichsbote“, alle Feinde des Reichs-Wahlrechts, fürchten, die Regierung könne jetzt wirklich geneigt sein, die lang verwehrt Diäten dem Reichstag zuzulassen und damit die Thätigkeit des verhassten Parlaments zu sichern und zu fördern.

Die Diätenmeinung der Regierung sei aber, so verlannt, keineswegs ohne Leben- und Kompensations- Absichten. In Regierungskreisen soll die Meinung bestehen, Diäten zu bewilligen, wenn zugleich eine „wesentliche Herabsetzung der Präsenzziffer“ stattfindet. Wenn wir nicht grundräßig das Zustandekommen von Reichstagsbeschlüssen bei Anwesenheit von nur einer geringen Anzahl Abgeordneter ablehnen würden, so könnte uns als Partei der Plan der Präsenzziffer-Herabsetzung ganz willkommen sein. Wird die Präsenzziffer herabgesetzt, so wird bei schlecht besetztem Hause leicht die Linke des Reichstags die Majorität bilden und Beschlüsse nach ihrem Wunsche zu Stande bringen. Bei einer Präsenz von z. B. 133 Stimmen wird die Socialdemokratie allein vermutlich schon nach der nächsten Reichstagswahl die Majorität im Reichstage stellen können. —

Die Hoffatholiken. Das Centrum nimmt es jetzt an höflicher Unterwürfigkeit mit den kleinen Journalisten auf. Gegenüber der agrarischen Ruppigkeit benimmt sich die „Germania“, das Centralorgan des Centrums, angesichts der Reise Edwards VII. nach Deutschland mit einer Höflichkeit, die an die Zeit der geschmeibigen Pfaffen am Hofe des Sonnenkönigs erinnert. Würdevoll meint das Blatt:

„In diesem Falle eines Besuchs, den der englische König seiner schwerkranken Schwester abstatet, kommen familiäre Rücksichten nicht allein für die Bevölkerung Deutschlands in Betracht, auch wenn man nicht außer Acht lassen kann und will, daß es der Bruder der deutschen Kaiserin Friedrich ist, der die erste Fahrt nach seiner Kronbesteigung an das Krankenlager seiner Schwester macht. Als näher Blutsverwandter eines Kaiserhauses betrifft König Edward den deutschen Boden, um an das Krankenlager einer deutschen Kaiserin, seiner Schwester, zu eilen. Und wenn das auch eine rein familiäre ober, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, rein höfische Angelegenheit ist, so wollen wir doch als Deutsche nicht vergessen, daß deutsches Gastrecht nach guter deutscher (nicht alldeutscher) Sitte von uns unter allen Umständen zur Ehre des deutschen Namens respektiert werden muß.“

Ob so viel zielbewusster Gerissenheit der sich bereits als Sozialpartei fühlenden Ultramontanen empfinden die „Berliner Neuzeit Nachrichten“ ein bewunderndes Grausen. Sie empfehlen die Centrumsauslösung denjenigen Blättern zur Berücksichtigung, die über das Ueberwiegen des Centrums und über die Rücksichtnahme auf dasselbe in der inneren Reichspolitik klagen. —

Also doch. Das „Berliner Tageblatt“ meldet über die Ankunft des Königs Edward:

„Die Fahrt durch Cronberg nach Schloß Friedrichshof erfolgte unter begeisterten Hochrufen der auf dem Bahnhof und längs der Strassen zusammengeströmten Zuschauermenge.“

Es giebt doch noch unentwegt monarchisches Gefühl und enorme Begeisterungsfähigkeit im deutschen Volk — dank dem Telegraphen. —

Eine Kolonialarmee? Das „Armer-Verordnungsblatt“ enthält folgende Bekanntmachung über Bekleidung und Ausrüstung des ostasiatischen Expeditionscorps:

Im Einvernehmen mit meinen hohen Verbündeten, Ihren Majestäten den Königen von Sachsen und Württemberg und Seiner Königl. Hoheit dem Prinzen Luitpold, Regenten des Königreichs Bayern, bestimme ich, daß bei dem ostasiatischen Expeditionscorps überall die Hoheitsabzeichen des Deutschen Reichs an die Stelle derer der Einzelstaaten treten. Auch soll der Ersatz an Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für das ganze Expeditionscorps einheitlich nach den von mir bereits genehmigten neuen Proben und den anliegenden Bestimmungen erfolgen. Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.

Homburg v. d. Höhe, den 9. Februar 1901. Wilhelm.

Diese Verordnung scheint eine sehr bedenkliche Perspektive zu eröffnen. Während man erwartete, daß das Ostasiencorps bald zurückberufen werden würde, beweist die Reunionsformierung der Truppen, daß an eine solche Zurückberufung noch lange nicht gedacht wird. Außerdem aber dürfte diese einheitliche Reunionsformierung nur ein weiterer Schritt dazu sein, das ostasiatische Expeditionscorps in eine ostasiatische Kolonialarmee umzuwandeln! —

Aus Meiningen. Den lebhaften Debatten im Meiningener Landtage folgt jetzt das unter den obwaltenden Verhältnissen nicht unerwartete Finale. Die Wahlprüfungs-Kommission hat nämlich beschloffen, dem Landtage zu empfehlen, die Wahl des Genossen A. Hofmann-Saalfeld für ungültig zu erklären. Genosse G. hatte in der Hauptwahl nur 4 Stimmen mehr bekommen als der nach ihm in der Stimmenzahl folgende Kandidat. Da aber in einigen Orten Ausländer mit in die Wahllisten eingetragen worden waren und diese auch mit an der Wahl teilnahmen, ebenso in einem Orte die Wahl später begonnen hatte als vorgeschrieben war, so kam die Kommission zu dem erwähnten Beschluß. Söllig unbeachtet ließ die Kommission den eingereichten Gegenprotest, nach welchem in einem Orte die Wahl unter den schwersten Beeinträchtigungen vor sich gegangen und den Arbeitern einer großen Fabrik angebroht war, sie würden an die Luft gefaßt werden, wenn sie socialdemokratisch wählten. Die Praktiken der Kommission wird sich zweifellos das Plenum zu eigen machen und wir werden wieder vor einer Reutwahl stehen. Aber es kann nicht unausgesprochen bleiben, daß mit solcher Auslegung des Wahlrechts ein bedenklicher Rechtsweg beschritten ist. —

Jahresbericht der bayerischen Fabrikinspektion.

München, den 22. Februar 1901.

Die Jahresberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren für das Jahr 1900 haben soeben die Presse verlassen. Die Regierung verwendet einen kurzen Auszug, dem wir, vorbehaltlich einer eingehenden Welprechung nach Erhalt der kompletten Berichte, folgendes entnehmen:

Die Berichte sind diesmal mit Rücksicht auf den Umstand, daß die einzelstaatlichen Berichte auch in der sogenannten Reichsausgabe zum Abdruck gelangen, in ihrem Umfang eingeschränkt worden. Angeblich soll dies nur auf Vereinfachung des Tabellenwerks zurückzuführen sein; doch dürfte sich daraus allein kaum eine Verminderung um nicht weniger als 280 Druckseiten ergeben.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Jahre 1900 besagt der Auszug, die im zweiten Halbjahre ein-

getretene rückläufige Bewegung in den Geschäftsverhältnissen mache es von vornherein wahrscheinlich, daß auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung sich gegen das Jahresende zu teilweise verschlechtert hat. Die Löhne seien zwar im großen und ganzen die gleichen geblieben wie im Vorjahre, ja aus einigen Bezirken wird sogar von einer steigenden Tendenz berichtet. Andererseits aber erlitten viele Arbeiter in mit Wasserkraft arbeitenden Betrieben infolge Regenmangels (Niederbahren) sowie die Glas- und Porzellanarbeiter (Oberkranten) wegen des Streiks der böhmischen Kohlenarbeiter empfindlichen Verdienstaussfall. Aus Schwaben (Kuglbürg) wird berichtet, daß „ganz abgesehen von der durch Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen hervorgerufenen Lohnminderung auch der Ausfall sonst üblicher Ueberstunden mancher Lohnminderung bewirkte“!

Dabei sind aber auch die Preise der Lebensmittel und Brennmaterialien zum Teil bedeutend gestiegen. Im großen und ganzen habe sich die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung zum Teil ungünstiger gestaltet und jedenfalls nicht gehoben. Ueber den Verkehr der Aufsichtsbeamten mit der Arbeiterschaft und den Arbeiterorganisationen enthält die Auszug einige recht vernünftige Bemerkungen, die den Beamten anderer deutscher Vaterländer dringendst zum Studium empfohlen werden können. Es heißt da wörtlich:

„Die Aufsichtsbeamten lernen ihrerseits einen regelmäßigen und geordneten Verkehr mit den Arbeitern und deren Vertretungen (Gesamt- und Gewerkschaften) als wertvoll für die dienstlichen Interessen mehr und mehr schätzen und sind bemüht, denselben auszugestalten.“

Ueber die beiden weiblichen Beamten, die im Aufsichtsdienst angestellt sind, wird gesagt, daß die Arbeiterinnen den Assistentinnen zwar steigendes Interesse und wachsendes Vertrauen entgegenbringen, daß aber ein großer Teil der Arbeiterinnen noch immer eine gewisse Zurückhaltung beobachten. Die begreiflich diese Zurückhaltung seitens der Arbeiterinnen erscheinen muß, wird in der ausführlichen Besprechung der Berichte dargelegt werden. Jedenfalls waren die von sozialdemokratischer Seite seiner Zeit erhobenen Einwendungen gegen die Art der Ausübung unter den Weiberbeamten durchaus angebracht.

Ueber den Arbeiterschutz wird bemerkt, daß trotz mannigfacher Maßregeln wesentliche Verbesserungen kaum zu verzeichnen sind. „Als sehr wertvolle Mitarbeiter auf hygienischem Gebiet erweisen sich die Arbeiterorganisationen.“

Vom Eisenmarkt

treffen jetzt fast täglich immer ungenügender klingende Nachrichten ein, die, trotz aller Schönfärberei der Börsenblätter, deutlich erkennen lassen, wie sich die Krise vertieft. In Oberschlesien wollen jetzt die für die Roheisenerzeugung in Betracht kommenden Produzenten, dem Preissturz durch die Gründung eines ober-schlesischen Roheisen-Syndikats entgegen arbeiten. Doch dürfte damit für die Befestigung der Lage gar nicht erzielt sein. Die weichen Preise sind doch nur die Folge des mangelnden Abzuges und diesen kann auch das Syndikat nicht schaffen. Im Salzeisengeschäft herrscht eine allgemeine Stilligkeit. Zwar läßt sich jetzt die Lager der Händler, indessen zögern dieselben, angesichts der Marktlage, für die abgelaufenen Bestände den Werken neue Aufträge zu geben. Nur noch mühselig halten die Werke die Beschäftigung aufrecht. Sie haben die Großhändler nur dadurch zur Innehaltung früher eingegangener Verpflichtungen bewegen können, daß sie ihnen bedeutende Zugeständnisse gemacht haben. Somit ist die Produktion, selbst bei guter Beschäftigung, für sie kaum noch lohnend, und sie wird sich im Frühjahr ebenfalls nicht besser gestalten, da abdam der Bedarf von den Lagern der Großhändler effektiviert werden kann.

Die vereinigte Königs- und Laurahütte stellt in ihrem eben erschienenen Geschäftsbericht fest, daß ihr Hüttenbetrieb unter dem verschärften Rückgang der Geschäftslage gelitten hat. Die Erzeugung von Walzeisen sank auf 89.304 Tonnen gegen 100.200 Tonnen im Vorjahre, d. i. um 11 Proz. infolge der Zurückhaltung der Käufer und des Ausbleibens der Spezifikationen abgeschlossener Aufträge. Es mußten deshalb Feierschichten eingestellt werden. Neue Aufträge konnten nur in weniger reichlichen Quanten und nur zu so herabgesetzten Preisen hereingebracht werden, daß sich das noch vorliegende Arbeitspensum, seinem Werte nach, auf ca. zwei Drittel reduzierte. Die Aktien eines der größten rheinischen Werke, der Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft, erlitten vor einigen Tagen einen plötzlichen Kurssturz um 10 1/2 Proz. Nun erfährt man aus der beschriebenen Erklärung der Verwaltung, daß die namhaften Abnahmeverpflichtungen des Werks die Ursache dazu waren. Die Abnahmeverpflichtungen beginnen jetzt, da alles steht, den großen Firmen der Eisenindustrie bedeutende Schwierigkeiten zu bereiten, denn die Werke drängen auf Abnahme. Wie der Semestralabschluß 1900/1901 der Dortmunder Union zeigt, wurden bereits rund 200.000 M. weniger verdient als im Vorjahre. An unerledigten Aufträgen lagen Ende 1900 noch vor 122.445 Tonnen im Wert von 20.441.710 M. Welchen Wert dieselben heute, infolge der Preisrücklässe, die man eintreten lassen muß, noch haben, steht freilich dahin.

Ueberhaupt wird die Lage auf dem ganzen rheinisch-westfälischen Eisenmarkt immer verwohrender. Allgemein wird jedoch zugegeben, daß sich die Geschäftslage in den meisten Fabrikationszweigen im Laufe dieses Monats eher verschlechtert als gebessert hat. Im Feinblechgeschäft schauen die Werke sehr häufig nach Aufträgen um weitere Betriebsbeschränkungen verhandeln zu können, im Grobblechgeschäft stützt zwar das Syndikat im Augenblick noch die Preise, wird jedoch das Weichen derselben nicht lange mehr hindern können. In Stab- und Wandblech ist die Nachfrage dauernd ungenügend und hat Betriebsbeschränkungen hervorgerufen. Auch die Drahtwalzwerke klagen über wenig lohnende Preise, während auf den Roheisen produzierenden Werken sich die Vorräte derart häufen, daß ein weiteres Ausblafen von Hochöfen in sicherer Aussicht steht. Angekündigt ist bereits, daß die großen westfälischen Stahlwerke in Bochum auf ihrer Zimmertopfer Hütte den Hochöfen niederblasen werden. Wie die Werke im einzelnen die Beschäftigung mäßig aufrecht zu erhalten versuchen, zeigt eine Notiz, die jetzt die „Kölnische Zeitung“ brachte. Während der Halbzeugsverband bis Mitte Februar bereits 1.950.000 M. an Rückständen aus Abschüssen nach gelassen hatte, und gleichzeitig nach über eine weitere Million Mark Verhandlungen im Gange sind, dürften im Trägerverband die bereits bewilligten Rücklässe diese Summe noch überschreiten!

Gleichzeitig fehlt nun aber auch der Industrie der sonst allzeit bereits Abnahmemarkt des Auslands. Selbst zu den gewohnten Spottpreisen wird man dort die heimische Roheisen-Überproduktion nicht los, weil eben die Nachfrage fehlt. Belgien, sonst ein rasch erreichter Markt der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, bläst ebenfalls seine Hochöfen aus. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Gesellschaft Atlas einen, die Monceau ebenfalls einen, die Providence sogar ihre beiden letzten Hochöfen ausgeblasen hat. Woher soll noch die Rettung und die bessere Konjunktur kommen, auf die man all-gemein sehnsüchtig wartet? —

Ausland.

England.

Maßnahmen zur Unterdrückung der Waziriz. Die Regierung hat dem Viceroy von Indien die nötige Vollmacht zur Bekämpfung des neuerdings gemeldeten Aufstands der Waziriz an der Grenze von Afghanistan erteilt und ihn ermahnt, mit der größten Energie vorzugehen, um die jetzigen Unruhen im Reine zu erlösen. —

Rußland.

In Grodno ist ein neues Vokalblatt des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbunds in Rußland und Polen“ erschienen: „Die Grodnoer Fabrikblätter“, so daß im ganzen jetzt neun Blätter vom „Bunde“ herausgegeben werden. —

In Petersburg befindet sich unter den Verhafteten auch der bekannte Professor Niljuloff. —

Türkei.

Konstantinopel, 25. Februar. Die Meldungen aus Jemen lauten sehr ernst. Der Aufstand nimmt große Dimensionen an. Starke Truppenverstärkungen werden abge-sandt. Der mißliebige Wali ist abberufen worden. —

Ein Umschlag des Boerenkriegs?

Der Boerenkrieg ist reich an Ueberraschungen. Gerade dann, wenn die Engländer sich in einer besonders schlimmen Lage zu befinden scheinen, wendet sich das Kriegsglück zu ihren Gunsten. Und gerade dann, wenn die Situation der Boeren eine verzweifelte geworden zu sein scheint, zeigt sich ihnen die launische Fortuna unerwartet wieder hold.

Dah dem europäischen Beobachter diese überraschenden Wechsel-fälle des Kriegs meist so ganz unerwartet kommen, liegt freilich zum guten Teil daran, daß wir über die beiderseitigen Operationen zu mangelhafter Unterrichtung sind, um die Chancen der Segner richtig beurteilen zu können. Die englischen Nachrichten fließen nur spärlich und sind zudem tendenziös gefärbt, daß sie als zuverlässige Unterlage für ein selbständiges Urteil nicht angesehen werden können. Riät müder mißtrauisch darf man andererseits gegen die gelegentlichen Mitteilungen sein, die von der Boerenseite kommen. Beide Parteien stellen begreiflicherweise die Lage in einem für sie allzu rosiggefärbten Licht dar.

Daß die beiden Hauptcorps der Boeren von den Engländern scharf bedrängt wurden, war allerdings bekannt. Gegen Louis Botha, der im östlichen Teil Transvaals steht, war wieder einmal ein förmliches Befehlsschreiben unternommen worden, in dem General French die Haupttruppe zugewiesen war. General De Wet, dem nach seinem Eindringen in das Kapgebiet der Weg nach Süden verlegt war und Oberst Plumer bei seinem nach Nordwesten gerichteten Marsche auf den Fersen folgte, sollte ebenso wie Botha eingekreist werden.

Nach den heut vorliegenden Meldungen scheint es nun wirklich, als ob diesmal die englischen Operationen einen Erfolg gehabt hätten, den man bei der so oft bewiesenen strategischen Geschicklichkeit und Schnelligkeit der beiden Boerenkommandanten kaum erwartet hatte.

Nach der Meldung eines englischen Blatts soll das Kriegsamt bereits von Lord Kitchener die Nachricht erhalten haben, daß Botha Lord Kitchener die Erklärung gefandt habe, daß er infolge seiner völligen Umzingelung völlig matt gesetzt und deshalb gezwungen sei, sich zu ergeben. Zur Festlegung der Kapitulationsbedingungen habe er um eine Besprechung nachgesucht, die von Kitchener auf den 27. Februar festgesetzt worden sei.

Das Wolffsche Depeschenbureau weiß von diesem Kapitulationsangebot noch nichts. Wohl aber bringt es folgende Meldung Kitcheners:

General French meldet aus Pietretief vom 22. d. M.: Das Ergebnis der Bewegungen der das Land säubrenden Kolonnen ist das, daß die Boeren zersplittert wurden, in ungeordneten Trupps zurückgehen; etwa 5000 Mann stehen noch vor der britischen Front. Amsterdam und Pietretief sind besetzt. Die Truppen schützen die Grenze von Swasiland. French schlägt vor, weiter vorzugehen, wird aber gegenwärtig durch die ständigen Regengüsse sehr aufgehalten. Der Gesamtverlust des Feinds bis zum 16. d. M. betrug, soweit bekannt ist: 282 Mann im Kampfe getötet oder verwundet, 56 Mann gefangen; 183 Mann ergaben sich. Erbeutet wurden: Ein fünfzähliger Kanonen, 462 Gewehre, 160.000 Patronengürtel mit Gewehrpatronen, 3500 Pferde, 74 Maulthiere, 3530 Zugochsen, 18.700 Stück Rindvieh, 155.400 Schafe, 1070 Wogen und Karren. Der Verlust der Engländer betrug 5 Offiziere, 11 Mann tot, 4 Offiziere und 108 Mann verwundet.

Nach dieser Meldung French sind die Boeren also noch 5000 Mann stark, also wohl noch stark genug, um sich im schlimmsten Falle den Durchbruch in das Swaziland erzwingen zu können, wo sich nach früheren Meldungen bereits Boerenkommandos in der Stärke von 2000 Mann befinden.

Ebenso ernst ist die Lage De Wets, dessen 1500 Mann starke Kolonne vom Oberst Plumer wiederholt angegriffen und völlig auseinander gesprengt worden sein soll. Die beiden Geschütze De Wets wurden von Plumer erbeutet. De Wet selbst gelang es jedoch, über den Oranjefluß zu entkommen; die Zahl der mit ihm auf diesem Wege entkommenen Boeren soll nur 300—400 betragen. 50 Boeren wurden gefangen. Es scheint also zweifellos, daß De Wet eine empfindliche Schlappe erlitten hat. Ob sein Corps dadurch nun völlig vernichtet worden ist, steht freilich noch nicht fest, da De Wet ja oft genug seine Kolonne a blichlich zerteilt hat, um sie an der anderen Stelle wieder zu konzentrieren. Vielleicht gelangt es ihm auch diesmal wieder.

Selbst aber den schlimmsten Fall angenommen, daß Botha kapitulieren und De Wet einsteilen in schleunigster Flucht seine Rettung suchen müßte, so wäre dann der Krieg noch keineswegs beendet. Befänden sich doch im Kapgebiet noch immer Herzoq mit 1500 Mann und mehrere Tausend andre Boeren in kleineren Kommandos: Ferner stehen in Transvaal außer Bothas Truppe unter Degez, Erasmus Viljoen und andren Führern noch mehrere tausend Mann. Ob diese sich durch die neuen Niederlagen veranlaßt sehen würden, den ferneren Widerstand aufzugeben, kann niemand wissen. Nach englischen Nachrichten soll die Desorganisation und Mangelhaftigkeit der Boeren immer mehr um sich greifen, während andererseits die Boerenmeldungen die Kriegsaussichten als noch durchaus nicht ungünstige, den Geist ihrer Leute als vorzüglich und die Lage der Engländer als keineswegs beneidenswert schildern. Prophezeiungen wären deshalb schlecht am Platze. —

Reichstag.

55. Sitzung vom Montag, den 25. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste eventuelle zweite Beratung der Novelle zur Strandungsordnung vom 17. Mai 1874. Abgeändert soll § 25 werden, welcher bestimmt, daß, wenn die Schiffahrt beinträchtigt wird durch ein Schiff oder Brack, welches hilflos treibt, gestrandet oder gesunken ist, die Behörde befugt ist, die Beilegung des Hindernisses zu veranlassen. Nach der Novelle sollen nun zur Deckung der daraus entstehenden Kosten auch alle Gegenstände verwandt werden, welche zur Zeit des Einschreitens der Behörden auf dem Schiffe oder Brack vorhanden waren, mit Ausnahme der Habe der Schiffbesatzung, des Reiseguts der Reisenden und der Post.

Abg. Rettich (L.)

beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Seemannsordnungs-Kommission. Das Hasten der Ladung für die Beilegungskosten ist ein neuer Rechtsgrund, dessen Verechtigung im Interesse der Versicherungsgesellschaften genau geprüft werden muß.

Abg. Risch (C.)

schließt sich dem Antrag des Vorredners an.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich kann erklären, daß die verbündeten Regierungen darauf gar keinen Wert legen, ob das Gut verlornt wird selbst gegen den Wunsch der Versicherungsgesellschaft oder des Reeders, oder ob statt des Verleuferslöses eine genügende Sicherheit geboten wird.

Abg. Semler (natl.)

hofft, daß es in der Kommission gelingen wird, einen Unterschied zwischen großen und kleinen Schiffahrtshindernissen zu konstruieren. Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Seemannsordnungs-Kommission verwiesen.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungs-Kommission.

Die Wahl des Abg. Hirschl-Rödlin (L.) soll nach dem Kommissions-beschluß für gültig erklärt werden.

Abg. Schrader (fri. Vg.)

wünscht nochmalige Kommissionsberatung. Der Fall des Dünenaufsehers Scheidt, der im Auftrage seines Vorgesetzten Wahlbeeinflussung im konservativen Sinne getrieben habe, sei noch nicht genügend geprüft. Die Abgg. Spahn (C.) und v. Trodhausen (L.) widersprechen diesem Antrag. Scheidt selbst habe keine Wahlzettel verteilt, sondern die konservativen Vertrauensmänner.

In der Abstimmung wird der Antrag Schrader gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, die Gültigkeitserklärung der Wahl angenommen.

Die Wahlen der Abgg. Baron de Schmid (C.), Henning (L.), (Frankfurt a. O.), Schulze-Steinen, (natl.), (7. Arnberg) werden ohne Debatte für gültig erklärt.

Bei der Wahl des Abg. Dr. Dähnel (frei. Vg.), (7. Schleswig-Holstein), wird weitere Geweiderhebung beschlossen.

Die Wahl des Abg. Göy von Dlenhufen (12. Hannover) (Hospitalität des Centrums) wird für gültig erklärt und beschlossen, den Kommissionsbericht durch den Reichskanzler der preussischen Regierung zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung zu übermitteln.

Beide Verordnungen wird auch über die Wahl des Abg. Grafmann — 4. Marienwerder — (natl.) beschlossen. Schließlich werden für gültig erklärt die Wahlen der Abg. Dr. Jwid (Berlin) (fri. Vg.), Graf v. Dönhoff-Friedrichstein (6. Königsberg) (L.) und Hilb (6. Arnberg) (natl.). — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Mittäretat.)

Schluss 2 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Centrumsfraktion des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, nachstehenden Antrag dem preussischen Abgeordnetenhause zu unterbreiten:

Die königliche Regierung aufzufordern, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die besonderen Beschränkungen und Erschwerungen, welchen die Krankenpflege und die sonstige Uebung werktätiger Pflichten seitens der Mitglieder katholischer Orden und ordensähnlicher Congregationen unterworfen ist, behufs Gleichstellung derselben mit den Mitgliedern anderer, der Krankenpflege gewidmeten Vereinigungen aufgehoben werden.

Partei-Nachrichten.

Aus dem Meinungsigen Landtag meldet das „Berl. Tgl.“, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Hofmann sein Mandat vor Eintritt in die Verhandlung über die Gültigkeit seiner Wahl niederlegte.

Totenliste der Partei. In Raumburg starb ein alter braver Parteigenosse, der Stammvater Hermann Reinhardt, an der Proletariatskrankheit. Er stand stets mit in den vordersten Reihen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Minderjährige Arbeitslose dürfen sich in Sachsen nicht versammeln. Beispiels in der Stadt Plauen nicht. Dort fand am 11. Februar eine Versammlung der Arbeitslosen statt, in der über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung gesprochen wurde. Der überwachende Polizeibeamte verlangte die Entfernung der Minderjährigen, weil das Thema ein politisches sei. Auf eingelegte Beschwerde billigte das Polizeiamt den Standpunkt des Ueberwachenden; es erklärte in dem Bescheide, das Thema sei an sich nicht politischer Natur. So dürfen sich also Minderjährige nicht über die Ursachen ihrer Arbeitslosigkeit in Versammlungen besprechen.

— Der verantwortliche Redacteur der „Schwäbischen Tagwacht“, Genosse Hertlein, wurde wegen Beleidigung eines Vorarbeiters der Igl. Wagenwerkstätte in Camstatt, bezogen durch einen kritischen Artikel über Vorgänge in dieser Werkstätte, die zum Selbstmorde eines Arbeiters führten, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lapezierer! Sämtliche Kollegen der Firma Jäkel, Markgrafenstraße 20, befinden sich im Ausstand wegen Kürzung der Accordpreise. Zugug ist streng fernzuzuhalten. Die Verbandsleitung.

In der Innungsversammlung der Tapezierer, die am Montagabend stattfand, wurde beschlossen, die Abzweigner-Kommission bestehen zu lassen, jedoch in diese Kommission vier Arbeitgeber aus dem Innungsvorstand und fünf aus den Reihen der Mitglieder zu delegieren.

Der Antrag der Alebexkommission, ihre Angelegenheiten in dieser Versammlung zu erledigen, wurde unter dem Einwand, daß der Versammlung kein entsprechendes Material zur Erledigung zugegangen sei, abgelehnt.

Keine Mitteilungen.

Ueber die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Zimmerer-Verband diskutierte am Sonntag recht eifrig eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Verbands. Die Diskussion, welche zu keinem Abchluss gelangte, soll demnächst fortgesetzt werden. Im Lauf der Debatte forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, ihre arbeitslosen Wochen regelmäßig absteuern zu lassen. Es sei das schon aus Rücksicht auf die Statistik sehr zu wünschen. Niemand sei genötigt, in den eingetragenen Abstempelungsbüchern etwas zu verzeichnen.

Die Einleger, welche im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisiert sind, wählten in ihrer letzten Versammlung als Revisoren: Ruffe, Giersberg und Srogorenz.

Deutsches Reich.

Ein Auskunfts-bureau hat das Gewerkschafts-Parteil errichtet. Dasselbe wird im wesentlichen die Funktionen eines „Arbeitersekretariats“ übernehmen; es befindet sich Hospitalstraße 21, I.

Ein Streit wegen der katholischen Feiertage. Der Unternehmer Willmer in Mühlheim a. Ruhr verbot seinen katholischen Arbeitern, an den katholischen Feiertagen die Arbeit ruhen zu lassen. Nachdem die Arbeiter sich mit dem Vorstand der Christlichen Holzarbeiter-Organisation, deren Mitglieder sie sind, in Verbindung gesetzt hatten, reichten sie ihre Klage ein.

Ausland.

Die ausländischen Schneider in Paris versichern, daß mehrere Firmen ihnen mündlich zugesagt haben, ihre Forderungen zu bewilligen. Einige Firmen hatten versagt, ihre Forderungen in London arbeiten zu lassen, doch die Londoner Arbeiter erklärten sich mit den Pariser solidarisch und weigerten sich, die Arbeiten auszuführen.

Aus der Frauenbewegung.

In der „Gleichheit“ erlöst die Vertrauensperson, Genoffin Dittke Saader, einen Aufruf an die Frauen, sich allenthalben zahlreich an der Protestbewegung gegen den Brotwucher zu beteiligen, indem sie darauf hinweist, daß die Proletarierfrauen die nächsten sind, die die Folgen der Brotverteuerung zu fühlen haben würden.

Sociales.

Die Vieh- und Obstdaumenzählung vom 1. Dezember 1900 ergab nach vorläufigen Ermittlungen*) für Preußen folgendes: Es wurden 2 473 811 Gehöfte (Häuser) gezählt, von denen 2 850 855 einen Viehbestand aufwiesen. Viehbesitzende Haushaltungen wurden 3 726 115 gezählt. Im Jahre 1897 zählte man 3 804 893 Gehöfte, darunter 2 777 832 mit Viehbestand und 3 672 619 Viehbesitzende Haushaltungen.**) An Vieh wurde gezählt: 2 918 008 Pferde, 4702 Esel, Maultiere und Maultiere, 10 865 296 Rinder, 8 989 430 Schafe, 10 954 002 Schweine, 1 998 692 Ziegen, 38 427 895 Stück Federvieh und 1 519 182 Vienenstöcke. Vom Federvieh abgesehen, zeigten die Schweine seit 1897 die stärkste Vermehrung, nämlich um 1 563 771; seit 1873 vermehrten sich die Schweine aber um über 6 1/2 Millionen. Die Pferde zeigen seit 1897 nur eine Vermehrung um reichlich 100 000, die Rinder um 312 000. Seit 1873 vermehrten sich die Pferde um rund 630 000, die Rinder um 2 220 000. Die Zahl der Schafe nimmt seit 1873 beständig ab. Sie betrug in dem genannten Jahre 10 606 794, ist also um fast 13 Millionen zurückgegangen. Die „Auh des armen Manns“, die Ziege, hat seit 1897 auch eine Verminderung an Zahl um ca. 185 000 erfahren und zeigt nur eine um rund 500 000 höhere Anzahl wie 1873, trotz eifrigster Beförderung der Ziegenzucht.

Die pferdereichste Provinz Preußens ist Ostpreußen mit 458 063 Stück, hinter der erst in weitem Abstande Schlesien mit 319 857 Stück folgt. Die meisten Schweine hat Hannover, nämlich 1 554 895 Stück; ihr folgt Sachsen und dann Brandenburg.

Die Stadt Berlin zählte 51 186 Pferde, 100 Esel u. 14 285 Rinder, 7935 Schafe, 10 994 Schweine, 989 Ziegen, 69 190 Stück Federvieh und 105 Vienenstöcke.

Obstbäume wurden in ganz Preußen 90 220 375 Stück gezählt. Davon fanden sich die meisten in der Provinz Sachsen mit 14,7 Millionen, dann Mecklenburg mit 12,4 Millionen, Schlesien mit 11,8 Millionen und Brandenburg mit 10,8 Millionen. Die Stadt Berlin hatte 10 886 Stück.

Mit der Verhinderung der Bäckerei-Verordnung beschäftigte sich eine Versammlung der Bäcker in Hannover. Sie nahm schließlich eine Protest-Resolution an.

Gerihts-Beitung.

Ein Gattenmord-Versuch beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht II. Der Präsident, Landgerichts-Direktor Diez, teilte mit, daß einer der Herren Geschworenen das schriftliche Ersuchen an den Gerichtshof gerichtet habe, ihn von der Ausübung des Amtes eines Geschworenen zu entbinden, da er nach reiflicher Erwägung und nach seiner innersten Ueberzeugung nicht im stande sei, über einen andren Menschen zu Gericht zu sitzen, da er ganz auf dem Standpunkte des Grafen Tolstoi stehe und das Dibelwort zu seiner Richtschnur gemacht habe: „Nichtes nicht, damit auch ihr nicht gerichtet werdet!“ Der Präsident bemerkt hierzu, dieses Gesuch habe abgelehnt werden müssen. Auf der Anklagebank steht der Arbeiter Paul Weidbrod unter der Beschuldigung, am 30. September v. J. den Versuch gemacht zu haben, seine Ehefrau durch einen Revolvererschuß zu töten. Der Angeklagte ist im Jahre 1869 in Berlin geboren und hat im Jahre 1888 eine geringe Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs erlitten, ist aber dann im vorigen Jahre wegen wiederholter Mißhandlung seiner Ehefrau zu 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden, welche Strafe er während seiner Untersuchungshaft in dieser Sache, die am 1. Oktober begann, verbüßt hat. Ueber sein Vorleben und seine ehelichen Verhältnisse macht der Angeklagte auf Befragen folgende Angaben: Er habe seine Frau vor neun Jahren geheiratet. Aus der Ehe seien sechs Kinder hervorgegangen, von denen noch vier am Leben sind. Die Ehe sei von Anfang an eine unglückliche gewesen. Not und Sorgen seien nicht daran schuld gewesen. Er habe früher als Textilarbeiter gearbeitet und in den letzten Jahren sei er Maschinenist in den Electricitätswerken von Siemens und Halske gewesen. Dort habe er wöchentlich 30 M. verdient. Etwas habe er seiner Frau 20 M. abgegeben, davon mußte diese aber die Miete bezahlen, indessen verdiente sie noch 10 M. wöchentlich mit Nähen. Die Ehe sei namentlich deshalb so unglücklich gewesen, weil seine Frau sehr klatschüchtig war. Er habe seine Frau wahnsinnig geliebt, sie habe ihm aber Veranlassung zur Eifersucht gegeben, mit dem ältesten Kinde sei er angefaßt worden. Außerdem sei seine Frau, von ihrer Mutter aufgezogen, sehr lieblos und häßlich zu ihm gewesen. — Präsi.: Haben Sie nicht einmal auch eine Liebhaft gehabt? — Angekl.: Ja, das war im Jahre 96! — Präsi.: Da geschah ja nur, weil meine Frau mich jedesmal heftig zurückwies, wenn ich mich ihr zärtlich nähern wollte! — Wie der Angeklagte weiter erzählt, erzwang er die Trennung von seiner Frau sehr schwer und erzählt dann weiter: Am Sonntag früh, den 30. Sept. machte ich mich auf den Weg nach Hohen-Schönhausen hinaus, als ich aber dort ankam, entschloß ich mich, von meinen Kindern Abschied zu nehmen und dabei noch einen letzten Versuch zu machen, meine Frau umzustimmen. — Präsi.: Als Sie auf den Hof kamen, sah Sie bereits Ihre Frau im Keller? Sie ließ in die andre Stube und rief: „Schüß mich vor meinem Mann!“ und hielt die Thür zu? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Was thaten Sie nun? — Angekl.: Ich ging hinein, rief die Thür auf und stand nun meiner Frau gegenüber. — Präsi.: Nun umfaßten Sie Ihre Frau am Halse, drückten Sie an sich und drückten die Mündung des Revolvers an die Stirn? — Angekl.: Wie das zugegangen ist, weiß ich nicht. Ich befand mich in zu hochgradiger seelischer Erregung. Wie der Schuß los gehen konnte, kann ich mir nicht erklären. Als ich das Blut sah, hielt ich den Revolver an meine Stirn. Ich drückte mehrere Male, aber der Revolver versagte. — Präsi.: Sie sind dann nach dem Hof gelaufen, wo die Hausgenossen Sie festhielten. — Angekl.: Ja. Ich bin aber dabei mit einem Weisheitsstein fürchtbar gewirgelt worden. — Für die Beweisführung sind gegen 30 Zeugen geladen.

Bei Beginn der Beweisnahme wird zuerst der praktische Arzt Dr. Schierich vernommen, der Frau Weidbrod an der Schußverletzung behandelt hat. Derselbe hat nicht über dem rechten Auge einen Streifschuß gefunden. Dort war die Kugel eingedrungen, zwei Centimeter davon aber wieder herausgekommen. Die Verletzung war sehr leicht und ist bald geheilt. Der Sachverständige erklärt ferner, seiner Ansicht nach sei Weidbrod im Augenblick der That unzurechnungsfähig gewesen; derselbe habe als zwölfjähriger Knabe an einer Maschine eine schwere Quetschung erlitten und leide noch an den Nachwehen.

Es wird nunmehr Frau Minna Weidbrod geb. Eichmach, die Gattin des Angeklagten ausfragen. Derselbe bezeichnet den Angeklagten als einen Tammenbold, der sie stets in grösster Weise beschimpft und gemißhandelt habe. Er habe sie nie als seine Frau erwähnt. Vor zwei Jahren habe er sie nachts im Schlafe zu erwachen gesucht. Sie sei plötzlich erwacht und habe eine Schlinge am Halse gefühlt, die aus einer Zunderschnur hergestellt war und die der Angeklagte eben zuzuziehen versuchte. Verschiedene Leumundszeugen sagen zu Gunsten des Angeklagten aus. Dieser sei ein ganz erträglicher Mensch. Er trinke nicht so, daß man ihn einen Trinker nennen könne. Mehr Schuld an den Zwistigkeiten trage die Frau, die klatschüchtig, heftig, rechtshaberisch und lieblos sei. Weitere Zeugen, wie Amtsdienner, Gendarm, Amtsvorsteher u. a. bekunden, daß der Angeklagte teils gesagt habe: „Ich wollte mich erschießen, aber meine Frau mitnehmen!“, teils: „Ich wollte erst sie und dann mich erschießen!“ Das soll aber erst nach der That und nach der Verhaftung geschehen sein.

*) Mitgeteilt vom Preussischen Statistischen Bureau.
**) Die Tabelle giebt die Zahlen der Viehbesitzenden Haushaltungen umgekehrt an, so daß eine Verminderung dieser besitzenden Haushaltungen um 53 496 vermehrt haben und daran noch weitere Erweiterungen über den Grad der Vermehrung geknüpft werden, so ist anzunehmen, daß die Zahlen der Tabelle aus Versehen umgestellt sind.

Zum Schluß gelangt noch eine Anzahl Briefe zur Verlesung, die der Angeklagte in letzter Zeit an seine Frau geschrieben hat. Sie atmen sämtlich innige Liebe zu seiner Frau und seinen Kindern und beklagen nur, daß die Frau so zänkisch sei und niemals nachgeben könne. Der letzte Brief, den der Angeklagte am Tage vor der That auf einem Briefe mit Trauerand geschrieben und den die Frau am Tage nach der That erhalten hat, beginnt jedoch mit den Worten: „Fluch, dreimal Fluch über Dich, Du böse Frau!“ und ist unterschrieben „Dein sterbender Mann!“ Der psychiatrische Sachverständige Dr. Wuppe gab sein Gutachten dahin ab, daß kein Anlaß vorliege zu der Annahme, der Angeklagte habe sich bei der That in einer so hochgradigen Erregung befunden, daß seine Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen gewesen wäre. Der Staatsanwalt plädiert im Sinne der Anklage, dagegen hält der Verteidiger weder den Vorwurf noch die Ueberlegung für erwiesen.

Nach kurzer Beratung verurtheilt die Geschworenen ihr Verdict dahin, daß der Angeklagte zwar schuldig, aber die That nicht mit Ueberlegung ausgeführt sei. Da demnach nur Totschlagsversuch vorliegt, sind mildernde Umstände zulässig und diese werden seitens der Geschworenen bewilligt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß sich die That gegen die eigne Frau und die Mutter seiner Kinder gerichtet habe, drei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger plädierte für eine mildere Strafe und Anrechnung eines Teils der fünfmonatlichen Untersuchungshaft. Das Urteil lautet auf zwei Jahre Gefängnis. Daß der Angeklagte nicht eine ehrlose Bestimmung an den Tag gelegt habe, gehe aus dem Umstande hervor, daß er selbst aus dem Leben schreiben wollte. Deshalb sei von Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte Abstand genommen worden. Der Angeklagte erklärte sich bereit, die Strafe sofort anzutreten. Der Staatsanwalt verzichtete auf Rechtsmittel.

Vertrag und Urkundenfälschung lag der Anklage zu Grunde, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen die uneheliche Emma Krähel und den Arbeiter Paul Serrahn verhandelt wurde. Frau Maurermeister W. war Witwe geworden. Ihr Mann hatte ihr ein hübsches Vermögen hinterlassen. Infolge Erkrankung ihres Dienstmädchens nahm sie im Oktober vorigen Jahres die Angeklagte Krähel als Aufwärterin an, eine höchst verlässliche, wegen Vertrags vielfach vorbekehrte Person. Die Angeklagte suchte bald das Vertrauen ihrer neuen Dienstherrin zu erwerben. Einmal fragte sie Frau W., ob sie ihr die Karten legen solle. Sie versetzte dies ausgeprochen. Frau W. war damit einverstanden. „Sie werden nächstens wieder heiraten.“ Damit begann die Prophezeiung. Frau W. nickte, diese Aussicht war ihr keineswegs unangenehm. „Es ist eine Jugendliebe von Ihnen, ein höherer Beamter.“ Frau W. war überrascht. „Das stimmt!“ rief sie. „In den nächsten Tagen werden Sie einen Brief von ihm erhalten“, so ließ die moderne Psychia ihre Wahrsagung. Richtig, am folgenden Tage erhielt sie einen Brief. Der Ober-Postsekretär F., die Jugendliebe der Frau W. schied ihr, daß er sie immer noch verehere und nun, nach dem Tode ihres Manns, sich der Hoffnung hingabe, das schöne Ziel zu erreichen. Zur Zeit befände er sich einigermassen in der Klemme, er bitte die Adressatin, ihm umgehend unter einer bestimmten Chiffre 200 M. nach einem angegebenen Postamt postlagernd zu übersenden. Die glückliche Witwe beilegte sich, dem Wunsch Folge zu leisten. Nach zwei Tagen traf ein Brief ähnlichen Inhalts ein und dies wiederholte sich im ganzen fünfmal, bis die verblendete Witwe 1600 M. gespart hatte, ohne daß ein Verdacht in ihr aufstieg. Das Geld wurde von der Angeklagten Krähel abgehoben, die jetzt mit ihrem Bräutigam, dem Angeklagten Serrahn, in Saal und Braut lebte. Nachdem die Summen vergeudet waren, wurde ein größerer Coup gegen die Witwe W. ausgeführt. Der Angeklagte Serrahn erließ bei ihr als angeblicher Abgesandter des Ober-Postsekretärs. Derselbe befand sich in einer furchtbaren Lage. Er habe sich an amtlichen Geldern vergriffen und müsse sich das Leben nehmen, wenn er nicht sofort 1000 M. erhalte. Die Frau schöpfte noch keinen Verdacht, sie war bereit, ihrem „Zukunftigen“ zu helfen, ihrer Kinder wegen müsse sie aber einen Schuldschein haben. Wenn Serrahn mit dem Schein zurückgekehrt sei, werde sie ihm das Geld geben. Serrahn brachte einen Schuldschein, den er selbst geschrieben hatte. Erst einige Tage später wandte Frau W. sich an den Ober-Postsekretär, der ihr erklärte, daß er seit Jahren glücklich verheiratet sei und von dem ganzen Briefwechsel nichts wisse.

Die beiden Angeklagten waren geständig, daß sie gemeinsam den Schwindel ausgeführt hätten, der angeklagte, bisher unbekanntere Serrahn beteuerte, daß er ein willenloses Werkzeug in den Händen der Krähel gewesen sei und ihr zu Liebe noch weit schwerere Verbrechen begangen haben würde. Der Gerichtshof glaubte ihm und verurteilte ihn unter Jubilation von mildernden Umständen zu sechs Monaten Gefängnis, während die Krähel zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren sechs Monaten verurteilt wurde.

Veranstaltungen.

Protest-Versammlungen gegen die Getreidebesätze fanden in den letzten Tagen in der Umgegend von Berlin mehrfach statt. Alle waren sie fast besucht und bewiesen das ungemein große Interesse, das die Bevölkerung dieser Frage entgegenbringt. Allein vom Sonntag wird uns über zwei solcher Versammlungen berichtet. Die eine, in der Redacteur Ströbel-Berlin referierte, fand in Spandau statt, die andre mit dem Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil als Referenten tagte in Groß-Lichterfelde. Zubeil sprach im Lauf der letzten Woche noch in Brix und in Johannisthal über dasselbe Thema. Sämtliche Versammlungen nahmen eine energische Protest-Resolution gegen den Brotvucher an.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Rixdorf hielt am Mittwoch, den 20. Januar, im Lautnerschen Lokale seine erste Mitgliederversammlung ab. In den Verein übergetreten bzw. neu aufgenommen sind 865 Mitglieder. Nachdem der in der letzten Versammlung des Vereins „Vorwärts“ gewählte provisorische Vorstand bestätigt war, hielt der Reichstags-Abgeordnete W. Lees einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Frage: „Was für Rechte haben die Arbeiter von den Arbeitgebern zu beanspruchen, und welche Pflichten haben sie ihnen gegenüber zu erfüllen, unter Berücksichtigung des Arbeitsverhältnisses in Partei- und gesellschaftlichen Betrieben.“ — Am Schluß der Versammlung kommt Genosse Meyer auf die letzte Stadtverordneten-Wahl zurück. Nach seinen Ausführungen sieht er fest, daß der Wahlvorsteher bereits in den Vormittagsstunden sich mit einem Schreiben an den zweiten Bürgermeister Soigt um Auskunft über die Qualifikation des Genossen Faustner als Hausbesitzer wande und die Antwort hierauf nicht lange auf sich warten ließ. Das Eingreifen des Bürgermeisters Soigt oder seiner Beauftragten sei ein völlig unberechtigtes. Niemand habe außer den hierzu Beauftragten das Recht, Einsicht in die Grundbuchakten zu nehmen. Nur die Stadtverordneten-Versammlung habe in erster Instanz zu entscheiden, wer gewählt sei und stehe es ja dann jedem einzelnen Wähler frei, gegen diesen Beschluß Protest beim Bezirksausschuß zu erheben.

China.

Ein deutsches Gefecht.

Die Kolonne Hoffmeister, die aus verschiedenen Compagnien des 3. und 4. Regiments, der 2. Pioniercompagnie, 1 Zug der 1. Escadron und der 8. Gebirgsbatterie zusammengesetzt war, hatte bei Anauhtang ein Gefecht mit 3000 Mann regulären chinesischen Truppen. Die Chinesen verloren 800 Tote, während deutscherseits 1 Mann fiel, 2 Mann schwer und 5 Mann leicht verwundet wurden. Die Chinesen zogen sich nach Schensi zurück, während die Kolonne Hoffmeister den Rückmarsch nach Peking antrat.

Vollzug der „Sühne“.

Die „Köln. Zig.“ meldet aus Peking vom 24. Februar: Gestern Abend ist der Erlaß erschienen, der Luans Bruder Pingnien und Lichaotshuisiao Selbstmord auferlegt.

ferner verhängt er die Todesstrafe über die bekannnten Bogezführer Tschütsien und Suetsheng, verbannt die Prinzen Tuan und Tsailan nach der Provinz Schansi und kündigt den Selbstmord von Kangni, Hsifung und Tching-Heng an. Die Befandten sollen die Sühne als genügend betrachten.

Rußland will auch dabei sein.

Der „Morning Post“ wird aus Peking vom 23. d. M. gemeldet: Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß weitere Operationen nötig werden, senden die Russen 3000 Mann nach Peking und 5000 nach Schanhaiwan.

Diese Truppenabteilung darf, als die Antwort Rußlands auf die Waldersee-Ankündigung betrachtet werden. Ob diese Truppen sich freiwillig unter Waldersees Kommando stellen werden, ist eine andre Frage.

Verurteilung des amerikanischen Gesandten.

Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Peking, Conger, tritt auf seinen Wunsch sofort einen sechzig-tägigen Urlaub an; er wünschte schon seit längerer Zeit nach Iowa zu reisen, doch bot sich bisher keine passende Gelegenheit hierzu. Der Kommissar Koshill hat Vollmacht, die Verhandlungen während der Abwesenheit des Gesandten fortzusetzen.

Ein Protest Sir Robert Hart's.

Sir Robert Hart richtete ein hartes Protestschreiben an die fremden Gesandten gegen die geplante Aneignung der kaiserlichen Zollgebäude seitens einiger auswärtiger Gesandtschaften, namentlich der italienischen, welche letztere beabsichtigt, von Land Besch zu nehmen, welches Hart selbst gehört.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

China im englischen Unterhause.

London, 25. Februar. (W. Z. V.) Staatssekretär für Indien Hamilton erklärt, General Gaselee habe berichtet, die Haltung und Wagniswert der indischen Truppen in China sei ausgezeichnet. Nach Befreiung der Gesandtschaften sei es den britischen Truppen verboten worden zu plündern, und strenge Maßregeln seien getroffen worden, um diesem Befehl Nachdruck zu geben. Gewisse Verstöße, die der chinesischen Regierung gehörten und die in dem Sommerpalast zurückgelassen worden, befanden sich gegenwärtig in Händen der britischen Behörden. General Gaselee sei instruiert worden, diese Verstöße zur Rückerstattung aufzubewahren, sobald der Frieden geschlossen sei.

Als Mead Bartlett fragt an, ob das russisch-chinesische Abkommen bezüglich der Randshurei Bestimmungen darüber enthalte, daß der dortige General seine Truppen aufzulösen und alles Kriegsmaterial den russischen Militärbehörden ausliefern solle, daß ein russischer Resident in Wuden Wohnsitz aufschlagen solle, ausgerüstet mit aller Vollmacht zur Oberaufsicht, daß das Zollwesen in der Randshurei Rußland unterstellt werden solle, daß keiner andren Macht daselbst eine Handels-Konzession eingeräumt werden solle und daß dem Ausbau der transsibirischen Bahn durch die Randshurei kein Widerstand entgegenzusetzen werden dürfe. Lord Grandborne erwidert, die Regierung habe keine amtliche Kenntnis von den Bestimmungen des erwähnten Abkommens. Aus den Informationen, welche die Regierung besitze, gehe hervor, daß das Abkommen die meisten der angeführten Bestimmungen enthalte, daß aber dieselben provisorischen Charakter hätten; darüber seien dem britischen Vosschafter in Petersburg von Seiten der russischen Regierung mündlich Versicherungen gegeben worden.

Offen, 25. Februar. (W. Z. V.) Die Rheinisch-Westfälische Zig. meldet: Der Landrat des Landkreises Essen, Nötger, wird demnächst den Staatsdienst verlassen und im Laufe des Sommers in das Direktorium der Firma Krupp eintreten. Sicherem Vernehmen nach ist der Eintritt Nötgers in das Direktorium darauf zurückzuführen, daß Geheimrat Finanze den Wunsch zu erkennen gegeben hat, in absehbarer Zeit von seiner anstrengenden Tätigkeit in der Firma ganz zurückzutreten.

Angerburg, 25. Februar. (W. Z. V.) Amlich wird gemeldet: Straße Verdaun-Golday ist seit gestern nachmittags 2 Uhr infolge Schneeverwehung unzufahrbar.

Paris, 25. Februar. (W. Z. V.) Deputiertenkammer-Ministerpräsident Waldeck-Roussau wird beim Betreten des Saals von den Abgeordneten der Linken mit Beifall begrüßt. Die Kammer berät das Budget und lehnt die vom Senate bei dem Kapitel „Appellhöfe“ beschlossenen Veränderungen mit 510 gegen 20 Stimmen ab. Darauf wird das gesamte Budget mit 469 gegen 43 Stimmen angenommen.

Paris, 25. Februar. (W. Z. V.) Der Senat nahm das Budget in der von der Deputiertenkammer beschlossenen Fassung an. Damit ist das Budget für 1901 endgültig genehmigt. Guérin fragt an, welche Maßregeln die Regierung zu treffen gedenke, um die Interessen und Rechte der Inhaber der äußeren portugiesischen Schuld zu wahren.

Minister Delcassé legt auseinander, welche Anstrengungen gemacht wurden, um die Interessen der französischen Gläubiger sicherzustellen, und erklärt, er werde niemals zulassen, daß denselben ein neuer Nachteil erwachse. Er nehme im Gegenteile an, daß er bei Portugal eine Jurisdiktion der von ihm getroffenen, auf eine Vereinträchtigung der Gläubiger hinauslaufenden Maßnahmen durchsetzen werde. In Lissabon sei es allgemein bekannt, daß er in den Händen gehabt habe, um sich Gehör zu verschaffen und Mittel dah er nicht zögern werde, nötigenfalls von solchen Gebrauch zu machen. (Beifall.)

Paris, 25. Februar. (W. Z. V.) Bei der gestrigen Ersahung im Departement Charente wurde der republikanisch-ministerielle Kandidat Lacombe gegen seinen antiministeriellen Gegner gewählt.

Paris, 25. Februar. (W. Z. V.) Der Abilete Bourguery de Voisier hat in der Kammer einen Antrag eingebracht, wonach der Dienst im aktiven Heere 2, in der Reserve 8 und in der Landwehr 6 Jahre dauern soll. In Friedenszeiten sollen die Soldaten nach einjährigem Dienste beurlaubt werden. Diejenigen, welche mit 27 Jahren noch nicht verheiratet sind, sollen zur Ableistung des zweiten Dienstjahres einberufen werden. Freiwillig dienende Soldaten sollen nach 7 Jahren ein Recht an Civilanstellung haben und nach 10 Jahren eine Pension von 200 bis 350 Frank erhalten.

Rom, 25. Februar. (W. Z. V.) Aus Foggia werden neue Nachrichten seitens der nichtlebenden Bevölkerung berichtet. In Torre Maggiore erklärte die Menge die Getreidemagazine und plünderte dieselben. Die Gemeindebehörden beschloßen, um Blutvergießen zu vermeiden, der Bevölkerung das Brot zum Selbstkostenpreise abzulassen.

New York, 25. Februar. (W. Z. V.) Heute vormittag wurden beim Großhändlerbureau des Hudson-County im Staate New Jersey die Gründungsurkunde der „United States Steel Corporation“ (Stahl-Körperschaft der Vereinigten Staaten) eingetragen. Damit ist die von Morgan und Carnegie unternommene riesenhafte Verschmelzung von Stahlwerks-Gesellschaften rechtlich begründet worden. Das gesamte eingetragene Aktienkapital beträgt 3000 Dollars und ist in 30 Aktien zu je 100 Dollars eingeteilt; es sind jedoch Bestimmungen getroffen, daß das Kapital jederzeit erhöht werden kann. Als Zweck der Gesellschaft ist bezeichnet die Herstellung von Stahl, Eisen, Kupfer und andren Materialien, das Eigentum, die Inbesitznahme und die Erschließung von Gruben und der Besitz von Transportmitteln. Der New York Herald bemerkt, die gesamten Jahreserträge der die Körperschaft bildenden Gesellschaften beliefen sich auf mehr als 100 Millionen Dollars, das gesamte Kapital, über das die Korporation verfügt, betrage 1100 Millionen Dollars. An der heutigen Fondsbörse traten bei Eröffnung großes Aufsehen erregende Preissteigerungen in Stahlaktien ein.

Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Badens.

Die 11. Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Badens, die am Sonntag in Offenbürg tagte, war von insgesamt 45 Delegierten aus 37 Orten besucht.

Der Geschäftsbericht des Vorstands der Landesorganisation stellt fest, daß im Berichtsjahre nur eine einzige politische Wahl, und zwar eine Reichstagswahl im Kreise Offenbürg stattgefunden, bei der allerdings, wie bekannt, ein nicht unerheblicher Rückgang der socialdemokratischen Stimmengahl zu verzeichnen war.

Die Agitation im Lande erstreckte sich hauptsächlich auf die Industrieorte des Schwarzwalds; in den letzten Wochen setzte eine lebhaftere Protestbewegung gegen die Erhöhung der Getreidezölle ein. Ein Flugblatt, das der Landesvorstand in 100 000 Exemplaren herstellen ließ und in welchem die Thätigkeit des Reichstags in der verflochtenen Session, insbesondere die Haltung der Centrumpartei bei der Flottenvorlage, kritisiert wurde, verfiel der Konfiskation durch die Staatsanwaltschaft des Bezirks Mannheim. Die von dieser beantragte Genehmigung zur Strafverfolgung des Herausgebers und Druckers wegen Verdrängung des Reichstags wurde von diesem Anfang dieses Monats abgelehnt; die Beschlagnahme des Flugblatts ist bisher noch nicht aufgehoben. Die beim verantwortlichen Herausgeber, dem Vorsitzenden der Landesorganisation Othmar Forzheim, sowie dem Drucker Dreßbach-Mannheim vorgenommenen Hausdurchsuchungen nach dem Manuskript des Flugblatts verliefen völlig resultatlos, doch wurden die beim ersten beschlagnahmten Korrespondenzen bisher nicht zurückgegeben. Von dem Bericht Singers über die Thätigkeit der socialdemokratischen Fraktion des Reichstags wurden 10 000, von dem Flugblatt „Was kosten die Junker?“ 100 000 Exemplare zur Verbreitung gebracht. Bei der letzten Kaiserfeier zeigte sich die badische Polizei besonders schamlos; in Forzheim, Karlsruhe u. wurden Strafen wegen Marschierens in geschlossener Kolonne u. verhängt.

Der Kassenbericht des Landesvorstands weist an Einnahme 4056 08 M., an Ausgabe 4045 50 M. auf; mit dem Kassenbestand des vorigen Berichtsjahrs bleibt damit ein Ueberschuß von 1878 71 M. Die Zahl der Mitgliedschaften im Lande beträgt gegenwärtig 67, sie ist gegen das vorige Jahr etwas zurückgegangen.

Von dem derzeitigen Kassenbestand der Landeskasse ist nach einstimmigem Beschluß der Versammlung die Summe von 500 M. an den Parteivorstand in Berlin abzuführen.

Der Bericht vom Verlag des badischen Parteiorgans „Volksfreund“ in Karlsruhe weist eine, wenn auch vorerst noch beschreibende Forderung der Geschäftsstelle auf, nachdem der Abonnementpreis im Herbst von 60 auf 70 Pf. pro Monat erhöht worden ist. Der Abonnentenstand hat sich zum Jahreswechsel auf rund 7500 gehoben gegen etwa 5000 bei der Verlegung des Blattes von Offenbürg nach Karlsruhe. Die Zahl der Preis-Philisten im Lande ist auf 70 gegen 60 im Vorjahre gestiegen. Lebenswert ist die Pünktlichkeit der Regulierung seitens der Philisten, so daß bei einem Abonnementsumfang von rund 35 500 M. nur etwa 390 M. Verluste zu verzeichnen sind.

Zum Zwecke der Umgestaltung der Landesorganisation im Sinne einer größeren Decentralisation lagen der Versammlung eine Reihe von Anträgen vor, die den Schwerpunkt der agitatorischen Thätigkeit mehr als bisher in die einzelnen Wahlkreise zu verlegen bestimmt sind. Dieselben fanden ihre Erledigung dadurch, daß eine Kommission ernannt wurde, die der Versammlung den folgenden Reorganisationsvorschlag machte: Das Land ist in vier Agitationsbezirke mit den Vororten Triberg, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim mit je einem dreigliedrigen Agitationskomitee einzuteilen, denen die Mittel aus der Landeskasse überwiesen werden. Zur Versorgung der Kassenführung und der laufenden Geschäfte wird ersucht die Stelle eines bezahlten Sekretärs geschaffen, dem vorläufig bis zu 500 M. Entschädigung bezahlt werden soll.

Der Bericht der socialdemokratischen Landtagsfraktion, erstattet durch Abg. Feudrich, stellt fest, daß bei der letzten Etatsberatung das Budget des Ministeriums des Innern, welches früher infolge des damals schärf zugespitzten Konflikts mit dem Ministerium Eisenlohr verweigert worden war, seitens der Fraktion unter Wahrung ihres prinzipiellen Standpunkts bewilligt wurde. Zur Abänderung des Wahlgesetzes mit Wahlmännersystem reichte die Fraktion einen vollständig ausgearbeiteten Vorschlag auf der Basis der Proportionalvertretung ein. Der Hinausschiebung des steuerfreien Einkommens von 500 M. auf 900 M. bei der Einkommensteuer wurde seitens der Fraktion zugestimmt, wobei der socialdemokratische Redner die Erklärung abgab, daß die Fraktion lieber als diese Maßregel die Abschaffung der Fleischsteuer gesehen hätte, da der kleinen materiellen Erleichterung durch Erweiterung der Steuerfreiheit wesentliche moralische Nachteile gegenüberstünden. Die von der Fraktion provozierte Debatte über die Zuchtstausvorlage führte zur kräftigen Verurteilung des reichsgesetzlichen Versuchs einer Anhebung der Arbeiterklasse; ebenso nahm der Landtag in seiner Mehrheit Stellung gegen die lex Heinze. Von Interesse ist, daß auch der Führer des badischen Centrums, Barrer Wader, in der Frage der Flottenvermehrung sich ohne Rückhalt auf den weltmachtschwärmerischen Standpunkt seiner Parteigenossen im Reichstag stellte. Die Petitionen der Bauarbeiter wegen Einführung der staatlichen Baukontrolle, der Eisenbahnarbeiter wegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Lehrer wegen Gehaltserhöhung fanden seitens der Fraktion energische Unterstützung. Der Referent betonte zum Schluß die Notwendigkeit der praktischen Mitarbeit in den Parlamenten seitens unserer Fraktionen und die hohe Wichtigkeit des Eingreifens der Einzelkämpfer in die Maschinen der Reichsgesetzgebung durch Interpellationen über die Stellung der Regierungen zu den großen Fragen der Reichspolitik.

K a y e n s t e i n -Mannheim wendet sich mit Entschiedenheit gegen den opportunistischen Standpunkt des Vorredners und betont die revolutionäre Grundlage des socialistischen Programms, die unter allen Umständen die Verweigerung des Budgets verlangt hätte.

D r e s d a c h verteidigt die Haltung der Fraktion. Im Gegensatz zum Reichstage, wo es sich hauptsächlich um Ausgaben für Militärzwecke handelte, enthalte das Landesbudget zu neun Zehnteln Ausgaben für Kulturzwecke (Schule, Beamtengehälter, Landwirtschaft, Eisenbahnen u.), für die auch wir zu haben seien. Die Budgetverweigerung vom Jahre 1897 sei durch die damalige schroffe Stellungnahme des Ministers Eisenlohr gegen die Forderung des direkten Wahlrechts veranlaßt gewesen. Ein bindender Beschluß der Versammlung in dieser Streitfrage sei undenkbar, da durch die Verfassung gebundene Mandate der Abgeordneten ausgeschlossen seien.

Nach Schluß der Debatte gelangten eine Anzahl von Anträgen betreffend die künftige Thätigkeit der Landtagsfraktion zur Annahme.

Der von einer zu diesem Zweck niedergesetzten Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Landtagswahlprogramms enthält auf verschiedenen Gebieten des staatlichen Lebens die vom Standpunkt des socialdemokratischen Programms an die Volksvertretung des Landes zu stellenden Forderungen, so hinsichtlich des Wahlrechts, des Steuerwesens, der Rechtspflege, Polizei, Schule, Armenpflege, Fabrikinspektion, der Versicherung, Gemeindeverwaltung, des Verkehrsrechts usw. Der Entwurf fand ohne Debatte einstimmige Annahme.

Ebenso wurde ein von derselben Kommission entworfenes Gemeindeprogramm angenommen. Dasselbe erstreckt sich auf das städtische Steuerwesen, Gemeindevolkswirtschaft, Gesundheitspflege, Schulwesen in der Gemeinde, kommunale Betriebe, die Vergütung von Gemeindefunktionären, Socialpolitik, Armenpflege der Gemeinde, deren finanzielle Neutralität gegenüber den verschiedenen Konfessionen usw.

Zur wichtigen Frage der Taktik bei den kommenden Landtagswahlen hatte Reichstags-Abgeordneter D r e e s b a c h -Mannheim das Referat übernommen. Das gemeinsame taktische Vorgehen mit bürgerlichen Parteien in einzelnen Fragen sei unvermeidlich, müsse jedoch selbstverständlich unter strengster Wahrung des prinzipiellen Standpunkts der Partei erfolgen. Jede Wahlkandidatur erfordere eine einheitliche Parole, die heute der Ruf nach dem direkten Wahlrecht sei. Bei den letzten Wahlen in Karlsruhe, wo wir mit der bürgerlichen Demokratie zusammengingen, habe sich die Partei nicht das geringste vergeben. Die Wahrung des bisherigen parlamentarischen Bestandes der Partei sei und bei tüchtiger Arbeit ein leichtes, Forzheim II und Land, Ströck u. könnten neu hinzugewonnen werden. Für Karlsruhe empfehle er dieselbe Taktik wieder wie 1897; es stehen dort zwei von den sieben Sitzen der Fraktion zur Neuwahl.

K o l b bekräftigt von einem allzu scharf betonten Kampf gegen die Nationalliberalen nur eine Verstärkung des Centrums. Die Regierung müsse durch eine gewaltige, einbruchsvolle Wahldemonstration über die Stimmung des Volks in der Wahlrechtsfrage aufgeklärt und zur Ueberzeugung gebracht werden, daß ein weiterer Widerstand gegen ihr eigenes Interesse sei.

Das Ergebnis der ausgedehnten Debatte war die Annahme des Antrags, es solle in allen den Bezirken, wo aus Erfolge für unsere Partei nicht zu hoffen sei, der Gegner des Nationalliberalismus, sofern dies Kandidaten des Freisinn, der Demokratie oder des Centrums seien, unterstützt, in allen Kreisen aber, die uns Erfolge versprechen, selbständig in die Wahl eingetreten werden.

Eine geharnischte Resolution gegen den Brotwucher fand den begehrtesten Beifall der Versammlung.

Nach Neuwahl des Vororts, der diesmal nach Mannheim verlegt wurde, fand die Konferenz mit einem kräftigen Hoch auf die Socialdemokratie nach zweitägigen Verhandlungen ihren Abschluß.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Mittwoch, den 27. Februar, findet in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5, eine Versammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Antritz über: „Kann die Not der Landwirtschaft durch hohe Agrarzölle beseitigt werden?“ sprechen wird. Gäste willkommen.

Sechster Wahlkreis. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Sachon, Wälderstraße 136, Versammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten S a c h s e über Moral und Politik der herrschenden Klassen.

Kommunales.

Die Gesamt-Zeichnung der Stadt-Hauptkasse für das Etatsjahr 1899 betrug, einschließlich des am Schluß des Rechnungsjahrs 1898 verbliebenen Bestandes 123 321 082 M., die Gesamt-Einkaufsausgabe 108 530 907 M., so daß ein Bestand von 16 884 125 M. am Schluß des Rechnungsjahrs 1899 verblieb. Die auf das neue Rechnungsjahr 1900 abgenommenen Reste haben in Einnahme 3 810 555 M. und in Ausgabe 13 412 181 M. betragen, mithin waren 9 601 622 M. Ausgabereste vorhanden. Es ergab sich hiernach für das Rechnungsjahr 1899 ein Ueberschuß von 7 382 602 M., der, soweit in der laufenden Rechnungsperiode nicht Ausgaben auf ihn angewiesen worden sind, in dem Stadthaushaltungs-Etat für 1901 zur Vereinnahmung gelangt. Die großen Ueberschüsse sind hauptsächlich auf die Ueberweisung von Grundstücken an die Grundeigentums-Deputation, auf höhere Einnahmen aus den Kalksteinbrüchen zu Müdersdorf und den Ueberschüssen der städtischen Werke um 3 733 457 M., der Steuerverwaltung um 1 970 325 M., sowie auf Rinderausgaben zurückzuführen.

Lokales.

Gegen die socialdemokratische Agitation.

Es ist eine alte Polizeipraxis, gegen die politisch oppositionelle Parteien alle möglichen kleinen Mittelchen anzuwenden. Je nach dem Grad der „Staatsgefährlichkeit“, wie der ominöse Ausdruck für die Thätigkeit einer politischen Partei lautet, die das herrschende Regiment angreift, verschärfen sich die Mittel, die für heillos zur Erziehung einer regierungstreuen Gesinnung gehalten werden. Von diesem Grundsatze aus konnte Herr v. Rheinbaben im Abgeordnetenhaus erklären, daß er keinen Socialdemokraten für ein Kommunalamt befähigt, dagegen aber bei den Freisinnigen nur noch die besonders unhöflichen Gesellen annimmt, die andern genöthigen huldvollst die gleichen Rechte als Staatsbürger.

Das, was an so hoher Stelle als Regel aufgestellt wird, findet natürlich bis zum untersten Beamten, der als Schutzmann oder Nachwachstbeamter seinen Dienst versteht, in entsprechender Weise getreuliche Nachahmung. Unire ganze Agitation ist ein fortgesetzter Kampf mit diesen Polizeimitteln und um so schlimmer gestalten sich die Dinge, je weiter entfernt von der Großstadt, dem modernen Verkehrsleben und der politischen Regiertheit die Macht der Behörde wächst. An dem kleinen Ort mit seiner rechtsunwissenden Bevölkerung ist der Polizeibeamte eine hochgeschätzte Person, gegen dessen Anordnung sich niemand aufzulehnen wagt, und wiederum hat sich bei dem Beamten das Gefühl eingeschlichen, daß es so sein muß, daß er der Mann ist, der das ganze Getriebe in Ordnung hält. Er prüft nicht immer genau seine Anordnung nach der gesetzlichen Zulässigkeit, sondern verfährt was er für gut hält.

So erscheint es ihm aller Ordnung zuwider, wenn des Sonntags immer regelmäßiger in großen Schwärmen Ausflügler in das Dorf gezogen kommen, die jeder einen kleinen Paden Schriften, natürlich socialdemokratische, unter dem Arm tragen, und nun ausfü zu Haus zu Haus die Flugblätter ausgeben. Das kann nicht erlitten sein, sagt sich der Gendarm und sucht sofort der Gefahr zu steuern. Die Widerspreche, die unsere Parteifreunde erheben, und die Berufung auf dieselben oder jenen Gesetzesparagraphen ist oft ganz wirkungslos, im Gegenteil ist der Beamte entsetzt, daß Leute ihm Gesetzesvorschriften machen wollen, wo er doch die Obrigkeit vertritt. Schließlich sollen wohl die Bauern noch die Freude erleben, daß ihn die schlauen Städter die Gesetze lernen lehren. Die weitere Auseinandersetzung erfolgt dann meist auf dem Amtsbureau, denn der Amtsvorsteher weiß schon den Paragraphen, dem die Verbreiter der Flugblätter verfallen sind. In Sachsen ist es immer der grobe Anflug, unter dem die Sache mürbisiert wird; in Preußen hat der Minister Schönfeldt ein Rundschreiben an die Gerichte erlassen, um geneigt zu bitten, den groben Anflug nicht für alles als Nothbehelf zu benutzen. Daher mag es wohl kommen, daß jetzt unsere Flugblatt-Verteiler gegen die äußere Heilighaltung des Sonntags verstoßen.

Zweimal war in der vorigen Woche das Berliner Kammergericht vor die Frage gestellt, ob in solchen Fällen ein Vergehen gegen die äußere Heilighaltung des Sonntags vorliegt. Eine Entscheidung ist noch nicht gefällt, beide Sachen sollen vom Landgericht erst eine ergänzende Feststellung erfahren. Der eine Senat, dem der Präsident Großhuff vorsteht, hat um die Feststellung erlitten, ob das Tragen eines Paddens Flugblätter eine mit Anstrengung verbundene Thätigkeit ist. Wenn das bejaht wird, scheint die Uebertretung fertig zu sein.

Die Angelegenheit hat kaum eine große Bedeutung für unsere Agitation, aber bezeichnend ist sie für unsere Rechtsprechung. Man bedenke, das ganze Urteil muß sich auf die Feststellung stützen, ob das Tragen eines kleinen Paddes eine Arbeit war. Als solche wird sie von dem Richter nicht empfunden werden, denn er erblickt keine Entschädigung dafür; noch betrachtete er die Mühe selbst als Arbeit, vielleicht war sie ihm eine zweckmäßige und angenehme Verwendung seiner freien Zeit.

Aber kann nicht das Gericht auch wiederum konstatieren, daß nicht nur das Tragen des Paddes, sondern schon der Marsch nach dem Ort, wo die Flugblattverbreitung stattfand, eine Arbeit involviert? Dann läme man weiter gleich dazu, alle socialdemokratischen Waffenausflüge zu bestrafen, weil sie die Polizeibehörden über die äußere Heilighaltung des Sonntagsruhe verweisen, denn hier ist gleichfalls eine Aufwendung von Arbeit nachzuweisen. Es ist nicht zu bestreiten, das wäre ein großer Erfolg unserer Rechtsprechung, die socialdemokratische Bewegung wäre am Sonntag mit einem Mal totgeschlagen. Warten wir ab, was das Kammergericht entscheidet! —

Unerträglich ist die Große Berliner im Entdecken neuer Methoden zur Drangsalierung des Publikums. Ihr neuester Streich ist gegen die Inhaber von Arbeiter- und Wochenkarten gerichtet. Wie die Abonnenten der Stadt- und Ringbahn, so konnten, was ja an sich selbstverständlich ist, auch die auf die „Große“ angewiesenen Arbeiter die vom Montag bis zum Sonnabend gültigen Karten auch für die nach Mitternacht noch laufenden Wagen benutzen, also zu einer Zeit, wo nach dem Kalender der Sonntag schon angebrochen war. Dies ist plötzlich anders geworden. Mit großem Eifer wurde letzten Sonnabend nach Mitternacht in den Wagen nach Inhabern von Arbeiterwochenkarten kontrolliert, und diese Razzia brachte den Controleuren natürlich reiche Beute. Schaffner und Fahrgäste waren von diesem Trif gleichmäßig übertracht, und das Publikum erging sich, wie zu dessen Ehre konstatiert werden muß, in Sandgebungen deutlichster Entrüstung, wenn der Controleur den Einwand des Fahrgastes, daß er bisher doch seiner solchen Ungehörigkeit ausgeleitet gewesen sei, kalt lächelnd ignorierte und den Namen des ahnungslosen Schaffners „Dienstvergehens“ halber in sein Notizbuch eintrug.

Der Streich ist natürlich recht ergiebig. Einmal wird von den Fahrgästen der Ridel eingeleistet, dann aber sacht die Straffasse auf den Taschen der Schaffner gewiß beträchtliche Strafgeelder ein.

Die Konzessionserteilung an die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, die kürzlich im Abgeordnetenhaus Gegenstand eingehender Erörterung war, giebt der „Berliner Korrespondenz“ zu einer kleinen Nachlese Anlaß. Die Verdrängung, daß man einer so stolisch geleiteten Gesellschaft ohne zwingende Gründe auf 50 Jahre die Konzession verlängerte, ist auch an dieser Stelle nicht wirkungsvoller ausgefallen, als es Herr v. Rheinbaben schon im Abgeordnetenhaus verurteilt. Es hört sich doch sehr kleinlich an, wenn jetzt der Einwand erhoben wird, die Stadt habe ja auch die Regierung nicht von der Konzessionserteilung in Kenntnis gesetzt, ergo konnte auch Herr v. Rheinbaben so verfahren. Dem ist doch entgegenzuhalten, daß die Verhandlungen mit der Stadt sich wochenlang in öffentlichen Sitzungen hingen, während die Bevölkerung und die städtischen Behörden erst auf Umwegen nach vollzogener That von den Schritten der Regierung unterrichtet wurden. Es ist auch eine Verdrehung der Thatachen, daß behauptet wird, daß die Interessen der Vorortgemeinden in Gefahr seien, wenn Berlin die Straßenbahnen in eigene Regie übernehme. Die Verhandlungen, die heute die Gesellschaft bietet, könnte die Stadt Berlin gleichfalls gewähren, die Stadt hat ein Interesse an einer guten Verbindung mit den Vororten und zwar ein höheres als die „Große Berliner“. Das ganze Verhalten der Regierung in der Frage ist höchst sonderbar und giebt zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß. Besonders da ein hoher Beamter aus dem Ministerium in die Direktion der „Großen Berliner“ überfiedelte.

Zur einem Einwand gegen die städtische Verwaltung kann eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, und der zielt dahin, daß auf jener Seite eine unklare Haltung über die Uebernahme des Betriebs vorhanden war. Die Scharte mag die städtische Verwaltung ausweichen.

Die Sterblichkeit an Influenza war in der Woche vom 8. bis 9. Februar auf 18 Fälle (gegenüber 20 Fällen in der vorhergehenden Woche) zurückgegangen. In der Woche vom 10. bis 16. Februar ist indes, wie aus den bis jetzt eingegangenen Meldungen bereits ersichtlich ist, eine erneute Zunahme eingetreten.

Für die Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentliche Schmuckanlage bemüht sich fortgesetzt ein Ausschuß, dem mehrere Stadtverordnete angehören. Am Sonntag hielt man eine Sitzung im Schöneberger Rathaus ab, in der folgender Beschluß gefaßt wurde: „Der Ausschuß hält an dem Gedanken der Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentliche Schmuckanlage fest, erblickt aber in der Vergabe eines kleinen Teils desselben für den Neubau des Völler-Museums und für die Errichtung eines Denkmals des Großen Kurfürsten, des Schöpfers des Gartens, den besten Weg, um zu seinem Ziele zu gelangen.“

Für die Ausarbeitung der in diesem Sinne abzuschickenden Petitionen wurde ein Unterausschuß gewählt.

Der Transport eines Riesen-Walffisches verursachte gestern morgen im Westen und Nordwesten Berlins großes Aufsehen. Das gewaltige Tier, welches 21 Meter lang ist und im ausgestopften Zustande 1500 Centner wiegt, ruhte auf zwei eigens hierzu konstruierten Wagen. Achtzehn Pferde zogen die ungeheure Last, welche in langsamem Tempo vom Potsdamer Güterbahnhof über die Potsdamer Weide hinweg durch den Tiergarten und Moabit sich nach dem Wedding hinaus bewegte, woselbst der Riesen-Wal zur Ausstellung gelangen soll. Das Tier ist im vorigen Jahre zwischen Spitzbergen und der Väreninsel gefangen und nach Hamburg geschleppt worden. In den Straßen, welche der von Schulreuten begleitete Transport durchzog, verursachte das Meerungeheuer allgemeines Erschauern.

Großes Aufsehen verursacht im Westen der Stadt die Verhaftung des dortselbst in den weitesten Kreisen bekannten Zahnarztes König, Steinmetzstr. 14 wohnhaft, welcher von seinem Dienstmädchen beschuldigt worden ist, sich gegen dasselbe stülisch vergangen zu haben. Das Mädchen, welches seine Stellung gekündigt hatte und dieselbe früher verlassen wollte, verlangte vergeblich seinen Lohn und begab sich dann, als es das Gewünschte nicht erhielt, zur Polizei, um dort die Anzeige gegen Herrn K. zu erlassen. Der Zahnarzt, der daraufhin sofort in Haft genommen wurde, soll das Vergehen bereits eingestanden haben.

Der soeben beendigte Prozeß Neumann-Bober ruft eine Erinnerung wach an einen ähnlichen Nordprozeß, der um etwa zwanzig Jahre zurückliegt. Die Hauptrolle spielte darin der berühmte Eindredler, Agent und Schlichter Wilhelm Dicksch, der kürzlich im Zuchthaus zu Sonnenburg starb. Im Jahre 1892 wurde die Witwe Königsbeck in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden; dort wie hier lag ein Mordmord vor. Der Verdacht fiel auf Dicksch, der bei seiner Verhaftung einen Zettel zu verschlucken suchte, auf dem seine Opfer verzeichnet standen. Dicksch bestritt die That. Bei einem seiner Komplizen, dem „Mingelfahrer“ und Sonntagnachmittags-Dieb Larisch, der allerdings in die Nordangelegenheit nicht verwickelt war, wurden damals von der Kriminalpolizei Sachen ermittelt, die aus dem Besitz der ermordeten Witwe Königsbeck herührten und die Larisch von Dicksch erhalten zu haben erklärten. Es handelte sich damals gleichfalls um einen Indizienbeweis, der mit der Verurteilung Dicksch's zu lebenslänglichem Zuchthaus endigte. Er wurde dann später bei einem Einbruch in der Potsdamerstraße abgefaßt und verurteilt seine Zuchthausstrafe nach Sonnenburg.

Eine Liebestragödie eigener Art fand am Montag früh um 9 Uhr durch den Selbstmord des 26 Jahre alten Zeichners Ernst Neumann ihren Abschluß. Vor etwa vier Monaten besuchte er ein Konzert, das von der 19 Jahre alten Pianistin Martha T. veranstaltet wurde. Dort verliebte er sich in die schöne Pianistin, die jetzt in das junge Mädchen, das er es mit Liebesanträgen verfolgte und auch von seinen Verbungen nicht abließ, als ihm bedeutet wurde, daß er auf Untergangemommen nicht zu rechnen habe. Ja er wogte, am Sonnabend bei der Mutter in aller Form

um die Hand der Tochter anzuhalten. Mit Bezug auf seine Vorgeschichte erhielt er den Rat, sich an eine Kaltwasser-Heilanstalt zu wenden. Seine Entgegnung lautete, daß er sich wie ein Bräutigam anstellen würde und dann möge man ihn in einen Sarg legen. Gestern morgen um 6 Uhr wurde an der Wohnung der Frau L. in der Zimmerstraße geflücht, die Thür aber nicht geöffnet. Gleich darauf rief ein Schuß die Bewohner des Hauses zusammen. Man fand auf dem Treppentritt einen jungen Mann, der mit einem Frackanzug, weißen Handschuhen, weißer Weste und Lederschuhen bekleidet war, in seinem Blut liegen. Es war Hermann, der sich vor der Thür des von ihm angebotenen Mädchens eine Revolverkugel in die rechte Schläfe gejagt hatte und sofort tot zusammengebrochen war.

Mit einer Mistgabel schwer verletzt wurde am Sonntagmorgen gegen 2 Uhr der Kollereiführer Eduard Schulz auf dem Grundstück Schwedterstraße 17. Dort liegt ein Wohnhaus mit einem eigenartigen Verkehr, und mehrere Gäste benutzten den Hof in einer nicht zulässigen Weise. Als Sch. sie fortwies, ergriff einer eine ihm zur Hand stehende Mistgabel und verletzte ihn damit so schwer am Kopf, daß er bewußtlos nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee gebracht werden mußte. Der Täter mit seinem Begleiter entflohen.

Zwei rätselhafte Todesfälle beschäftigen gegenwärtig die Behörden. Der 50 Jahre alte Arbeiter Karl Birth aus der Lindenstraße 53 hatte am Sonntagabend nach Beendigung der Arbeitszeit ein Wohnhaus aufgefunden und langte erst gegen 9 1/2 Uhr in seiner Wohnung an. Dort fing er gleich darauf über Unwohlsein zu klagen, an, legte sich zu Bett und war alsbald tot. Ein Arzt vermochte die Ursache des Ablebens nicht zu erkennen und die Leiche mußte zur weiteren Verfügung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt werden. — Der zweite Fall betrifft den in der Einsamkeit vom Tode erlittenen 62 Jahre alten Maurer und Almosenempfänger Johann Diehl, der am Weidenweg 57 in ein Keller auf dem Hofe belegenes Zimmer inne hatte. Er lebte seit drei Jahren als Witwer für sich allein. Am letzten Montag hatte man ihn zuhause gesehen. Als sich endlich gestern Hausbesitzer nach ihm umsehen wollten, fanden sie seinen Einlaß und öffneten den Zugang mit einem zweiten Schlüssel. D. lag als Leiche auf einer Prütze. Was hier vorliegt, ist nicht bekannt.

Am Fahrstuhl verunglückte gestern nachmittag der Arbeiter Thorn, der in der Lindenstraße 101/102 in der Gesellschaft für Kolonialpolitik beschäftigt ist. Der Arbeiter hatte den Auftrag, mittels des Fahrstuhls Kohlen hinaufzubefördern. Wahrscheinlich durch eine Unvorsichtigkeit des Führers wurde der Fahrstuhl zu frühzeitig in Betrieb gesetzt, so daß Thorn noch nicht vollständig auf demselben Platz angekommen hatte, sich vielmehr mit dem linken Fuß noch außerhalb befand. Infolgedessen kam er zwischen Fahrstuhl und die Schachtwand und zog sich eine nicht unerhebliche Quetschung des Fußes zu. Von den Arbeitern wird behauptet, daß bei der Anstellung der Fahrstuhldiener nicht die nötige Gewissenhaftigkeit obwaltet. Die Führung ist einem jungen Mann anvertraut, dem entschieden die nötige Kenntnis und Siderität für Leitung eines solchen Betriebes fehle.

Aus Eifersucht erhängt hat sich am Sonntagmorgen der 53 Jahre alte Tischler August Appelt am Stralauer Platz 3. In der Nacht zum Sonntag hatten die beiden Eheleute einen Rollenball beschickt. Auch dabei war die Eifersucht in Appelt wieder erwacht. In der Küche bedrohte er die Frau mit einem Messer und wollte sich, als man ihn das entriß, wiederholt aus dem Fenster stürzen. Die Angehörigen verhinderten ihn daran und riefen die Polizei, die ihn gefesselt zu seiner Sicherheit nach der Wache mitnahm. Da er sich auch den Beamten gegenüber drohend benahm, nach seiner Entlassung legte er sich zu Hause zum Schlaf nieder, erhob sich dann aber nach einigen Stunden scheinbar beruhigt, suchte einen Nebenraum auf und erhängte sich. Als man ihn fand, war er tot.

Ein großer Brand wütete am Sonntag früh Mitternacht 51. Der zweite und dritte Stock des Vorderhauses enthält Wohnungen, während der erste Stock sowie das Hochparterre zu Lagerräumen eingerichtet sind. Im ersten Stock hat die Firma Holz u. Schweizer ein Agentur- und Kommissionslager eingerichtet. Hier war in einem nach der Hoffeite belegenen Lagerraum aus noch nicht ermittelter Ursache das Feuer ausgebrochen und hatte jedenfalls unbedeutend längere Zeit geschwelt, bis es eine etwa 20 Liter Petroleum enthaltende Flasche erfasste, die unter donnerähnlichen Krachen explodierte. Die von dem Mirren zertrümmerte Fensterscheibe begleitete Detonation fährte die noch im festen Schlaf liegenden Hausbewohner kurz nach ein Uhr aus den Betten. Im ersten Augenblick ließ sich gar nicht übersehen, wo das Feuer sei, da der Hof in diesen Augenblick eingestürzt war. Auch die Wohn- und Schlafräume waren stark verqualmt. Da die Hintertreppen schon Feuer gefangen hatten, blieb den Leuten nichts weiter übrig, als schleunigst durch den vorderen Ausgang das Freie zu gewinnen. Als die Feuerwehre eintraf, hatten die Flammen ihren Weg aus der ersten Etage durch einen Luftschacht schon zum Dachstuhl gefunden, der bald in voller Ausdehnung in hellen Flammen stand. Eine Dampfmaschine fuhr sofort auf dem Nachbarhofe auf, um hier dem Element den Weg zu verlegen, während Drückpfeifen und Hydrantenleitungen über Treppen und eine mechanische Leiter geführt wurden. Nach fast zweistündiger Arbeit war erst die Hauptgefahr beseitigt. Um 8 Uhr früh fuhr ein Proviantwagen von der Hauptwache an der Brandstelle vor, um den erschöpften Mannschaften warmen Kaffee und Frühstück zu überbringen. Erst um 10 Uhr waren die umfangreichen Aufräumungsarbeiten beendet.

Eine jugendliche Eindringlerin ist von der Polizei auf freier Tat ertappt und dingfest gemacht worden. Schon seit langer Zeit wurden in Moabit während der Nacht Eindringlinge in Geschäftsläden verhaftet, ohne daß es gelang, die Täter zu ermitteln, weshalb auf manchem Dienstboten der Verdacht der Täterschaft ruhte. Ein Hausdiener wurde sogar in Hof genommen unter dem Verdachte, eine Summe von etwa 500 M. aus der Ladenkasse entwendet zu haben. Jetzt hat sich nach Festnahme der fünfjährigen Bande ergeben, daß sie auch diesen Raub verübt hat. Die Gesellschaft bestand aus 17-20jährigen Juchsen.

Vermiist wird seit Freitag, den 22. d. M., vormittags 9 Uhr, der 43 Jahre alte Möbelpolierer Otto Schreyer. Derselbe ging am genannten Tage um angegebenen Zeit von seiner Wohnung, um, wie schon seit einigen Tagen, sich nach dem Arbeitsnachweis der Möbelpolierer, Dramantstr. 197, zu begeben, ist aber hier nicht eingetroffen und seitdem verschwunden. Schreyer ist 43 Jahre alt, trägt kurze schwarze Badenbart, sowie Vincenz. Bellerbet war er mit weichen schwarzen Hlzbüt, grauem Halsstuch, brauner Strickhose, dunkelgrauem Weberschleier, dunklen Hosen und rotbraunen Hülfschleibern. Etwaige Nachricht erbittet H. Schulz, Vorf. des Verbands der Möbelpolierer, Memelerstr. 60a, II.

Feuerbericht. Montag 7 Uhr früh wurde die Wehr nach Brandenburgstr. 6 gerufen, wo ein Ofen eingestürzt war und ein Küchenbrand drohte. Vorher hatte Misaerstr. 123 Unfug am öffentlichen Feuermeldung zu einer Alarmierung geführt, wobei der Täter leider wieder entwichen ist. Sonntagmorgen 2 Uhr war Lühovstraße 118 ein größerer Wohnungsbrand abzulösen. Flamburgerstraße 30 war durch einen Wasserrohrbruch eine Ueberflutung entstanden, weshalb die Wehr in Anspruch genommen wurde. Ausgelassenes Petroleum hatte sich Neustädtische Kirchstr. 11 entzündet, doch konnte das Feuer noch im Keime erstickt werden. Kleider und Bände wurden Kopienstr. 62 und Woyensstr. 9 eingeschleiert. Montag, gegen Abend war auf der Handelsstraße Vello-Alliance in der Lindenstraße ein Arbeiter mit einem Weine zwischen Fahrstuhl und Mauer eingeklemmt und konnte nur durch die alarmierte Feuerwehre befreit werden. Er trug eine starke Beinquetschung davon.

Eintrittskarten zur vollständigen Kunstausstellung im Gewerkschaftshaus sind in Zukunft nur noch in Cigarrenladen von Horsch, Engel-Wehr 15 (Gewerkschaftshaus) zu haben.

Orgelvortrag. In der Marienkirche hält Herr Musikdirektor Otto Diemel Mittwoch, den 27. Februar, mittags 12 Uhr, einen Orgelvortrag unter Mitwirkung der Opernsängerin Frau Hedwig Kroschmann, der Frau Margarete Heimrich und Frau Maria Brand, des Vokalquartetts der Herren Kammermusiker Paul Wehse, Vanger, Schwarzmaul und Böber und der Herren Hans Geipel, Bruno Weidler und Wilhelm Ripp. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. In der letzten Magistrats-Sitzung wurden folgende wichtigeren Beschlüsse gefaßt. Vom 1. April d. J. ab soll die nächtliche Straßenreinigung eingeführt werden. Der Stadtverordneten-Versammlung soll der Antrag unterbreitet werden, die Abfuhr des Hausmülls in städtische Regie zu übernehmen, unter der Voraussetzung, daß durch ein Ortsstatut und eine Polizeiverordnung ein Zwang zur Beteiligung aller Hauseigentümer, welche Müll abzuführen haben, festgesetzt wird. — Für die Anschaffung von zehn Normalmähren und die Anbringung derselben in den Transformatorhäuschen soll die Bewilligung der erforderlichen Mittel und zwar a) an einmaligen Kosten ein Betrag in Höhe von 3000 M.; b) an jährlicher Betriebsgebühr ein Betrag in Höhe von 600 M. bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt werden. Den Beschlüssen für die Deputation für die Pflege-Anstalten vom 18. Februar d. J., nach welchen a) von der Errichtung einer Töchterlichen Baracke auf dem Grundstück der städtischen Krankenanstalt vorläufig Abstand genommen werden soll; b) auf dem Armenhausgrundstücke am Mariendorfer Wege ein zweites, dem jetzigen ähnliches Armenhaus zur Unterbringung von Armen und Söhnen errichtet werden soll; c) die Waisenkinder vorübergehend in Räumen des Armenhauses untergebracht werden sollen; d) das Waisenhaus und event. die Gebäude der Straßenreinigungs-Anstalt an der Eisenstraße zur Unterbringung von obdachlosen Familien verwendet und hierzu entsprechend hergerichtet werden sollen; e) von der Errichtung eines massiven Krankengebäudes auf dem Krankenanstalts-Grundstück abgesehen werden soll, wird zugestimmt. Der Stadtbaurat soll ersucht werden, das erforderliche Projekt für das neue Armenhaus aufzustellen. Bei der Stadtverordneten-Versammlung soll die Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Instandsetzung des Waisenhauses zur Unterbringung von Obdachlosen und zu den event. notwendig werden den Herstellungen auf dem Grundstück der Straßenreinigungsanstalt beantragt werden.

Neu-Weissensee. Einer ganzen Anzahl kleinerer Gewerbetreibender, namentlich der Holzbranche, ist seitens der Polizeibehörde eine Verfügung zugegangen, nach welcher diese Unternehmer ihre bis jetzt innegehabten Werkstätten zu räumen haben. Die Verfügung stützt sich auf die Thatsache, daß diese Werkstätten in Räumen sich befinden, welche beim Erbauen der Häuser als Wohnräume vermiethet werden sollten und von den Besitzern nur aus dem Grunde, weil sich keine Mieter fanden, später zu Werkstätten umgewandelt wurden. Ein weiterer Grund für das Verbot besteht in der Feuergefährlichkeit, die unbeschrifteten zugegeben werden muß, sind doch diese Werkstätten direkt unter oder über bewohnten Räumen gelegen. Daß seiner Zeit für diese Betriebe die polizeiliche Erlaubnis erteilt werden konnte, bleibt wie so manches andre ein Rätsel.

Durch diese Verfügung aber werden eine ganze Anzahl Wohnungen frei und es ist als sicher anzunehmen, daß den Anstoß zu diesem Vorgehen der Polizeibehörde die Debatten in der Gemeindevertretung über die Wohnungsnot gegeben haben. Bei der Wohnungskommission haben sich bis jetzt 22 Eigentümer, welche noch Wohnungen zu vermieten haben, gemeldet, während auf Seiten der Mieter eine Abneigung gegen diese Einrichtung zu bestehen scheint; es haben sich nur wenige gemeldet. Wahrscheinlich ist die Einrichtung unbelannt. Es mag bemerkt werden, daß auch denjenigen, welche aus irgend einem Grunde von Hauswirten zurückgewiesen wurden, von der Kommission Wohnungen nachgewiesen werden können. In der Kommission selbst ist man sich darüber klar, daß die eigentliche Nachfrage nach Wohnungen zum Ablauf des Quartals erfolgen wird. Welche Maßnahmen der Gemeindevertretung von der Kommission unterbreitet werden sollen, darüber konnte bis jetzt eine Einigung noch nicht erzielt werden.

Widershof. In der Gemeindevertreter-Sitzung vom 21. Februar wurde die Befähigung des zum Schöffen gewählten bisherigen Gemeindevertreters Ehrling bekannt gegeben und derselbe in sein Amt eingeführt. Leider fehlen uns anständige Kandidaten, um bei der nun notwendigen Ersatzwahl zur Gemeindevertretung diesen Platz zu sichern. Einem in früherer Sitzung gefaßten Beschlusse, nach welchem das Marktgeld pro Tag und Quadratmeter für einheimische Händler 10 Pf. und für auswärtige 15 Pf. betragen soll, wurde die Befähigung verlagert; es soll nun die einheitliche Gebühr von 10 Pf. erhoben werden. In Betreff der Anschlagssäulen wurde infolge eingegangener Beschlüsse beschlossen, vorläufig Plakate eine Woche lang gegen Errichtung der festgesetzten Gebühr an den Säulen unüberklebt zu lassen, sofern der Zweck und Inhalt des Plakats dies nicht schon von selbst überflüssig erscheinen läßt. Dann gab der Gemeinde-Vorsteher bekannt, daß die Versuche zur Erwerbung von Fortland zwecks Erweiterung des Begräbnisplatzes an der hohen Forderung des Fiskus gescheitert sind; es wurde aber auf anderem Wege eine Einigung erzielt. Der Fiskus will der Gemeinde 3 Hektar auf 50 Jahre gegen den jährlichen Betrag von 100 M. verpachten. Das Angebot wurde acceptiert.

Diskussionslos ging dann die erste Lesung des Etats vor sich. Die eigentliche Beratung wird erst die zweite Lesung mit sich bringen. Unter Geschäftlichem wurde bekannt gegeben, daß das Gesuch um Fortführung der Birken-Allee über die Spindlersfelder Bahn von der Bahnbehörde abschlägig beschieden worden ist.

Lankwitz. Großes Aufsehen erregt hier die vorige Woche erfolgte Verhaftung des Gemeindefullehrers Bille wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an einer 13jährigen Schülerin. Der Verhaftete ist 38 Jahre alt, unbescholten und erweist sich bisher als gemessener Mensch. Der Musterpädagoge pflegte die Mädchen dadurch in seine Wohnung zu laden, daß er es beauftragte, die Schulhefte dorthin zu bringen.

Gegen den Buchhalter Wollny von der städtischen Steuerklasse in Spandau, der vor einiger Zeit wegen Veruntreuung im Amt verhaftet wurde, ist jetzt, nach abgeschlossener Voruntersuchung, das Hauptverfahren wegen Unterschlagung amtlicher Gelder, Fälschung von Wäldern und Vernichtung von amtlichen Schriftstücken eröffnet worden. Der unredliche Beamte wurde aus dem Amtsgerichts-Gefängnis in Spandau nach Moabit transportiert; er kommt in der nächsten Schwurgerichtsperiode am Landgericht II zur Aburteilung. Ein Verfahren auf Entlassung aus dem Amt ist nicht mehr erforderlich, da der Defraudant gleich nach Entdeckung seiner Straftaten auf seine pensionsfähige Stellung durch schriftliche Erklärung dem Magistrat gegenüber verzichtet hat.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist worden das 21. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Schurr-Rurr. — Die ersten 125 Jahre amerikanischer Geschichte. Von F. Franz. — Rückblick auf die Wandtagewandlungen in Württemberg. Von Clara Zetkin. (Schluß). — Wieder einmal Negrius. Von R. Kautsky. — Intermezzo. Von Rosa Luxemburg. — Literarische Rundschau: Anatole France, Das rote G. und andere. La Nueva Era. — Rezension: Dem neuen Jahrbuch entgegengesetzt. Eine naturwissenschaftliche Umriss von Dr. Friedrich Krauer. (Schluß). Im Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. ist ferner zur Ausgabe gelangt Heft 12 und 13 des reich illustrierten Werks **Das hungernde Rußland.** Reise-Geschichte, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. G. Lehmann und Barus. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die gesundheitlichen Verhältnisse im Hungergebiet. — Die Krankheiten im Hungergebiet. — Die ärztliche Hilfe. — Wie die Regierung die Bauern ernährt. Neben der bereits komplett vorliegenden Ausgabe, welche broschiert 6 M. gebunden 7,50 M. kostet, erscheint das Werk auch in 16 Heften à 40 Pf. Sämtliche Buchhandlungen und Kolportage nehmen Bestellungen entgegen.

Der Wahre Jakob Nr. 5 ist erschienen. Das Titelbild zeigt den Reichsanwalt v. Bülau, wie er von zwei agrarischen Räufern angefaßt wird, die ihm hohe Getreidepreise oder sein Leben abfordern. Herr v. Bülau bestreift sie freischafflich nach der Wilhelmstraße.

Centralverein der Bildhauer. Dienstag, den 26. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Gewerkschaftshaus“.

Samaritaner-Verein Berliner Radfahrer. Dienstag abends 8 1/2 Uhr 4. Fahr-Abend des Samaritaner-Kurzes bei Kapitän R. Rosenhalsstr. 30.

Öffentliche Versammlung sämtlicher selbstständigen Feuerwerker. Dienstag, den 26. d. M., pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Wehr 15, Saal 10.

Deutscher Verein für Volks-Hygiene. Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr: 1. Gehelmer Prof. Dr. v. Venden: Ueber Zweck und Aufgaben des Unterrichtskurses über häusliche Krankenpflege. 2. Professor Dr. Wendelsohn: Krankenzimmer und Krankenbetten. — Die Teilnahme an den Vorkursen, deren je ein Kursus bilden, und welche im Architekturbau Saal B möglichst mit Demonstrationen abgehalten werden sollen, steht jedermann frei gegen ein Honorar von 5 M., wofür Eintrittskarten im Hof-Antiquariat von Emanuel Mai, Leipzigerstr. 113, Eingang Rauerstraße, zu haben sind. Für Unentgeltliche ist in der Verwaltungsstelle des Vereins, Maaßenstr. 23 II, auf briefliche, nicht persönliche Ersuchen, eine Anzahl Freitickets reserviert, und erhalten dort ferner die Mitglieder der Ortsgruppe Karten für den ganzen Kursus zum ermäßigten Preise von 3 M.

Vermischtes.

Zu der Maschinenbau-Werkstatt der kaiserlichen Werk in Wilhelmshaven ereignete sich am Sonnabend bei der Probe der großen Hauptmaschine des Dampfschiffes „Mittelbach“ ein bedauerlicher Unglücksfall. Beim unvorhergesehenen Antriebe dieser Maschine wurde dem bei derselben beschäftigten Maschinenbauer Metzler die rechte Hand vollständig zermalmt, so daß der Arm bis zur Mitte zwischen Hand und Ellenbogen abgenommen werden mußte.

Eisenbahn-Unfall. Aus Leipzig wird gemeldet: Auf dem Privatgelände des sächsischen Staatsbahnhofs Plagwitz englische Montag früh ein aus zwei Lokomotiven und sieben Wagen bestehender Rangierzug. Die zweite Lokomotive fuhr auf die erste auf. Vier Wagen wurden zertrümmert. Der Bremser, dem die Bremsvorrichtung in den Rücken drang, wurde schwer, ein Heizer leicht verletzt.

Bei dem Schiffunglück in San Francisco sind nach den letzten Meldungen 35 weiße Reisende und 37 Afrikaner, 18 weiße und asiatische Offiziere und 41 Afrikaner von der Befahrung ertrunken. Von 18 Frauen wurden nur 3 gerettet.

Marktpreise von Berlin am 23. Februar 1901

nach Ermittlungen des h. Vollgeprübten.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis	
Weizen, gut D. Str.	—	Parblein, neue, D. Str.	7,—	5,—		
— mittel	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20		
— gering	—	— do.	1,30	1,—		
*) Roggen, gut	14,40	14,39	Schweinefleisch	1,60	1,10	
— mittel	14,38	14,37	Rindfleisch	1,80	1,—	
— gering	14,36	14,35	Lammfleisch	1,60	1,—	
*) Weizen, gut	15,40	14,70	Butter	2,60	2,—	
— mittel	14,60	13,90	Eier	60 Stk.	5,20	3,—
— gering	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
*) Hafer, gut	15,90	15,40	Kale	—	2,80	1,20
— mittel	15,30	14,80	Hammer	—	2,60	1,20
— gering	14,70	14,20	Beute	—	2,20	1,—
Richtstroh	6,82	6,50	Barische	—	1,80	0,80
Heu	7,70	5,10	Schleie	—	3,—	1,20
Größen	40,—	25,—	Eis	—	1,40	0,80
Speisebohnen	45,—	25,—	Krebst.	per Schot.	12,—	3,—
Linien	70,—	30,—				

*) ab Bahn.
*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 25. Februar. Au, die Annahme, daß das Winterwetter noch länger andauern werde, und auf höhere Reizung Rotierungen einwirkte sich am heutigen Getreidemarkt feste Tendenz. Wesentlichere Preisänderungen wurden indes durch die Geschäftslage und durch niedrigere Budapester Rotierungen verhindert. Preisänderungen für Weizen und Roggen sagen je um 0,25 M. an. Daser war bei diesem Berichte wenig verändert. Rüböl war leicht erhöht auf kleine Deckungen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Anonymus. Verschwiegenheit ist selbstverständlich.

H. G. 116. 1. Das Gleiche. 2. Ja. 3. Aus dem Gebrauch ist verschiedenen Gegenden.

H. M. 18. Eine Weide-Eisenbahn vom Brandenburger Thor nach Weissensee hat untes Bistums nicht existiert.

H. M. Senden Sie sich an den Vorstand des Wahlvereins im zweiten Wahlkreis.

H. M. 01. 1. und 2. Das „Wohnernheim“ am Urban.

H. C. 36. Trambucht in diesem Umfang kann als Gefährdungsgrund erachtet werden. — **2. 100.** 1. Eine Frau geht es hier nicht 2. Ja. 3. Sofort, in der Regel vergehen 3 bis 7 Tage bis zur Pflanzung. — **H. G. 12.** Da ihr Sohn unter 21 Jahr alt ist, kann er noch ein Verding abgeben. — **Strahlenabwärt.** Die Frist läuft am 28. Februar ab. — **Geb. Buch.** Kamohl. — **Stammische Krämde.** 1. Rein (vgl. Arbeiterrecht S. 187 u. 306). 2. Nur der Arbeitgeber. — **Ausland.** 1. u. 2. Ja. 3. Nein.

H. G. 10. Die Klage ist unzulässig. Wenden Sie ein, daß der Lehrling durch Zahlung der Krankenkassenbeiträge lediglich seiner gesetzlichen Pflicht nachkam und daß er die Erfüllung des aus dem Verding folgenden Vertrags nur von diesem und nur innerhalb zweier auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlungsperioden, spätestens also zwei Wochen oder zwei Monate nach Ablauf des Vertrags hätte verlangen können, daß Sie für nichts halten und endlich daß Sie der Entscheidung des Gerichts anheimstellen, ob das Amtgericht oder das Obergericht zuständig sei. Einen ausdrücklichen Grund der Unzuständigkeit erheben Sie nicht, weil dieser hinlänglich wäre, da es sich nicht um Streitigkeiten zwischen Lehrling und Lehrling, sondern um solche zwischen Lehrling und Lehrlingsvater handelt, ist an sich das Amtsgericht zuständig. — **Charlottenstraße.** Rein.

H. G. 10. 1. Falls nichts anderes vereinbart war oder der Jünger üblich war, können Sie die Provision schon jetzt verlangen. 2. Ja. 3. Ja. — **Bestreiter 24.** 1. Ständebanliche Trauung genügt. 2. Ja. Naturalisation hat ein Nichtdeutscher kein Recht. Der Antrag ist bei der Polizeibehörde zu stellen. Die Naturalisationsurkunde kostet 50 M. Bis zur Naturalisation vergehen in der Regel etwa 6 Monate. 3. Sie muß einen Antrag auf Rückkehrstellung, nicht auf Untertanstellung, stellen. — **Van 20.** 1. Das Waisenhaus braucht die Kinder, deren Eltern leben, nicht aufzunehmen. 2. Ja. — **Van 25 und H. B. 48.** Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. Erblasserfragen lassen sich ohne genaue Kenntnis über die Zeit und den Ort des Todes, die Zeit und den Ort der Heirat usw. nicht beantworten.

H. G. 14. Den Stoff möchten Sie anheben. Sie können nur gegen die Dame aus Zahlung des Rücklohns für das erste Kleid klagen und dann durch einen Gerichtsvollzieher den Stoff pfänden lassen. Weisen Sie nach, daß der Aufenthalt der zu Verdingenden unaufhebbar ist, so würde öffentliche Zustellung für das Klageverfahren bewilligt werden. — **H. G. Rein.** das ist nicht der Fall. — **H. J. 1.** Rein. 2. Rein. 3. 100 M. 4. Das Armenrecht steht dem zu, der landlos macht, daß er außer Stande ist, die Prozeduren zu tragen. 5. Bis zur rechtskräftigen Scheidung ja. 6. Strafbar würden Sie nicht sein, hätten aber die Mittel zu zahlen. — **Ulfred D.** Ist der Verlobte ohne berechtigten Grund zurückgetreten, so ist er zum Schadenersatz verpflichtet. — **H. G. 90.** Wenn Ihr Vertrag nicht Gegenstand des Besatz, so sind Sie berechtigt, so vorzugehen, wie Sie es dem Will angebracht haben. — **H. Sch. 200** Karfen. — **H. D. D.** Das Unfallversicherungsgezet enthält hierüber keine Vorschriften. Die 3 Fragen sind aber zu bejahen. — **H. 198.** Das können Sie nicht ohne die Erlaubnis.

Witterungsbericht vom 25. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe	Wind	Witterung	Stationen	Barometer-Höhe	Wind	Witterung
Stettin	758	SW	wollos	Danzig	738	SO	2 heiter
Darmstadt	757	SO	3 wollos	Petersburg	737	SW	2 bedeckt
Berlin	758	SO	3 heiter	Wars	753	SW	3 bedeckt
Frankf./M.	758	SO	2 heiter	London	753	SO	5 bedeckt
München	759	SW	3 heiter	Paris	760	SW	1 bedeckt
Wien	759	SW	4 heiter				

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. Februar 1901.
Etwas wärmer, veränderlich, vielfach wollos mit Niederschlägen und ziemlich frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterdienst.

Am 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, ent-
schied (sanft nach kurzem, aber schmer-
zhaften meine innigstgeliebte Frau,
unsere gute Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Schwester, Schwägerin
und Tante, Frau

Magdalene Neumann

geb. Borchert.
Im Namen der Hinterbliebenen
bittet um Mitleid bei der tief-
beträubten Witwe
2835b) **Gustav Neumann.**
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des alten Luisen-
städtischen Kirchhofs in der Bergmann-
straße aus statt.

Sonntagabend 9 Uhr fand infolge
einer Operation mein innig geliebter
Mann, unser sorgsamer Vater und
Bruder, der Schriftsetzer [2836b]
Julius Schröder.
Berlin, den 25. Februar 1901.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme bei
dem Begräbnis meines lieben Mannes
sagen wir allen Verwandten, Be-
kannnten und Freunden sowie den
Kollegen der Firma Wolf, Firma
Koch und dem Besuche der Holz-
bearbeitungsmechaniker-Arbeiter unsern
tiefergefühltesten Dank.
8832
Dw. Kunze nebst Tochter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).
Bezirks-Versammlung für Friedrichsberg

am Dienstag, den 26. Febr., abends 8 1/4 Uhr,
im Lokale des Herrn **L. Panter**, Frankfurter Allee 174.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **H. Fendel** über: „Die Erfindungsberechtigung
des Adels“. 2. Diskussion.
3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Branchen-Versammlung der Modell- und Fabrik- Tischler, sowie Modell-Drechsler

am Mittwoch, den 27. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
„Wedding-Park“, Müllerstr. 178.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **G. Rosenow** über: „Arbeiter-
bewegung in Bergangeheit und Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Da laut Beschluss keine weitere Einladung durch Handzettel erfolgt,
werden die Kollegen gebeten, in ihren Werkstätten für zahlreiches Besuch
der Versammlung zu agitieren.
Der Obmann.

Branchen-Versammlung der Telephon-Tischler,

sowie derjenigen Tischler, welche auf photographische,
telegraphische und chirurgische Apparate beschäftigt sind,
im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kontrollkommission.
2. Wie gestaltet sich die gegenwärtige Situation in der Branche.
3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden in der Branche beschäftigten Kollegen, zu erscheinen.

Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter

am Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen der Pianofabrik von **Schleifer u. Wenzel**, Köpenicker-
straße 154/154a, sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
78/11*) **Die Ortsverwaltung.**

Branchenversammlung der Galanterie- und Lyngsmöbel-Arbeiter

(Tischler, Drechsler, Polsterer und Maschinearbeiter)
in den „Admiral-Hallen“, Admiralsstraße 38, am Kottbuser Thor.
Tages-Ordnung:
Die gegenwärtige Situation in der Branche und die Einführung der
neuen Muster.
Sonnabend hierzu sind die Kollegen folgender Werkstätten hiermit
eingeladen: **Wegener**, Fährtenstr. 3. **Jacob**, Ritterstr. 88. **Rosenow**,
Ritterstr. 87. **Görschner**, Reichensbergstr. 57.
Es wird jedem in dieser Branche beschäftigten Kollegen dringend aus-
drücklich gesagt, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engelstr. 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Dienstag, den 26. Februar 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung der Klempner

im Gewerkschaftshaus, (großer Saal), Engelstr. 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weil** über: „Der Schnaps und die
Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Erziehung zur Agitationskommission.
4. Verbands-Angelegenheiten.
Dienstag, den 26. Februar 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen
im Lokale des Herrn **Schulz**, Grenadierstraße 33.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Neuwahl der Branchenvorstellung. 3. Neuwahl des
Arbeitsvermittlers der Stahl-Instrumentenmacher. 4. Verbands-Angelegen-
heiten.
Dienstag, den 26. Februar 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und Berufsge nossen
im **Dresdener Garten**, Dresdenerstraße 45.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Th. Meiner** über: „Gleiches Recht für alle“.
2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Die Kollegen und Kolleginnen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.
112/6 **Die Ortsverwaltung.**

Mecklenburg. Schwarz-Brandenburg. Landbrote
empf. Profabrik **Wittler**, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Lokale erkenntlich.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Rosenow** über „Junfer und
Bauer“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch ersucht
Der Vorstand.

Achtung! MAURER. Achtung!

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 Uhr, in **Sieberts** Festsaal, Andreasstraße 21:
Mitglieder-Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur diesjährigen Konferenz der Maurer Deutschlands, event. Wahl
von Delegierten zu derselben. 2. Vereins-Angelegenheiten.
Der Vorstand. J. M.: **Julius Gebl.**
Saut Beschluss der letzten Versammlung beginnt das Sammeln zum Streit- und Agitationsfonds
in der Woche vom 26. Februar bis 2. März und beträgt der Beitrag 25 Pf. Arbeitslose Kollegen haben ihre
Karte in den letzten drei Tagen jeder Woche zur Abstemmung vorzulegen.
NB. Den Kollegen zur Nachricht, daß das Bureau vom 1. März von Grenadierstr. 33 nach
Stralauerstr. 48, Seitenflügel parterre,
bis-abis der Klosterstraße, verlegt wird. Am 28. Februar nachmittags bleibt dasselbe wegen des
Umzugs geschlossen. - Telefon: Amt I. 7779.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Morgen, Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Ingenieur Grempe** über: „Schwebelöhnen
und andre moderne Verleumdungen“. 2. Verbandsangelegenheiten und Ver-
schiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
23/18 **Die Ortsverwaltung.**

Billets zu dem am Sonnabend, den 23. März, stattfindenden
Stiftungsfest sind in dieser Versammlung zu haben.
Dienstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei
Siebert (großer Saal), Andreasstr. 21:
Große öffentliche Versammlung

aller in der
mechanischen Schuhwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhält-
nisse der in den Berliner Schuhfabriken beschäftigten Kollegen und sind die
Kollegen gewillt, Lohnforderungen zu stellen? 2. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Besuch erwartet
180/5 **Der Einberufer.**

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Versammlung
sämtlicher Metallarbeiter Charlottenburgs
in der **Gambrius-Brauerei**, Charlottenburg, Wallstr. 94.

Tages-Ordnung:
1. Die augenblicklichen Zustände in der Metallindustrie, welche Aufgaben
haben die Kollegen? 2. Der Streit bei der Firma **Ubrig** und die Praktiken
der Inhaber. 3. Verschiedenes.
Nicht aller ist es, durch zahlreiches Erscheinen zu zeigen, daß auch
hier die Kollegen es überdrüssig sind, nur als Passiviere vom Unternehmern
betrachtet zu werden.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kleber. Achtung!

Dienstag, 26. Februar, abends 8 Uhr,
bei **Jannasch**, Inselstr. 10:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Antwort der Innung und unsere Stellungnahme dazu.
Nicht eines jeden Mebers ist es zu erscheinen!
101/3
Der Einberufer: Max Straffer, Uebowstr. 19.

Charlottenburg!

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg.
Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 Uhr, in der „Gambrius-
Brauerei“, Wallstraße 94:

Gr. öffentliche Versammlung
aller Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen Charlottenburgs.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Johann Martin Segitz**
über: „Die neuen Unfallversicherungs-Gesetze“. 2. Diskussion. 3. Ver-
chiedenes.
[64/13*)

Männer-Vortrag

morgen Mittwoch, Kommandantenstr. 20, 9 Uhr.
Geschlechtskrankheiten
benutzt an Lichtbildern vom prof. Ratteilfandigen Grundmann.
Naturratl. Sprechstunde **Kurbad Köpnickerstr. 72.** 20 Pf. Eintr.
11-2, 6-8. Sonntag 11-12. 1 Broschüre.

für Hüte auszugeben, man
erhält auch zu billigen
preisen gute Sachen, wenn
man die richtige Gelegen-
heit fenn.
Knabenstrikts 1-3 Pf.
Herrenstrikts
weiß 1,75-5,25
blau 2,00-5,25
Cylinderhüte
4,00-12,00
Chapeaux claque
8,00-10,00
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Gut-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 14, part.,
Kein Laden.

Unsinn ist Viel Geld

Charlottenburg!
Uhrmacher **Kunsmann**, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [463L*)

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

in **Habels** Brauerei, Bergmannstraße 5/7.
Tages-Ordnung:
1. „Kann die Not der Landwirtschaft durch hohe Agrarzölle bestritten
werden?“ Referent: Reichstags-Abgeordneter **D. Antried**. 2. Diskussion.
Zahlreiches Besuch erwartet
239/4 **Der Vorstand.**

6. Wahlkreis!

Dienstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Sachse, Müllerstraße 136:
Oeffentl. Versammlung
einberufen vom Vorstand des
Sociald. Wahlvereins des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **H. Sachse** über: „Moral
und Politik der herrschenden Klassen“. 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
C. Gahrwold, Kochstr. 35.

Achtung! Rixdorf. Achtung! Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 27. Februar 1901, abends 8 Uhr, bei **Thomas**,
Germannstraße Nr. 48/50:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
78/14
Rege Beteiligung erwünscht **Die Ortsverwaltung.**

Vereine, Fabriken!

Zu Sommerfräuleiten empfehle mein ca. 20 Morgen großes,
an der Obersee herrlich gelegenes Stablfestament [7212*)
Schloßpark Wilhelminenhof.
2 große Tanzsäle. Conzerte Bedingungen. **Fr. Dollasek**

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche
Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und
gewissenhafte Ausführung.
8822*)
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/9*)
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 H. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130,
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Wegen Umbau und Erweiterung
der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ansverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen
1 H. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
1 H. **Alfred Apenburg**, Invalidenstrasse 33,
Nahe Steintor Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. 1*)

Wästen-Garderobe.
Größe Auswahl.
Billigste Preise. 1*)
Seriene Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Craniensstraße Nr. 178
H. **Walberstraße 91.**
Ede Oranienstraße.
Das [7342*)

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbän-
den, Leibbinden, Geradhaltern,
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Elefant [5202*)
für Orth- und Hilfs-Krankenstufen.
Berlin C,
30. Finien-Strasse 30.

Riesen-Stofflager
Krausenstr. 14 I. Etage,
fertigt nach Mass unter
garantiertem Sitz:
Geelegante Winterpalotots für 35 M.
Geelegante Anzüge für 30 M.
Geelegante Bekleider für 10-12 M.

Masken
Kostüme-Verleihbazar
größte Auswahl, billigste Preise
Fr. C. Frommholz
Eiffelstr. 78, Ede Aderstr.

Maschinen-Anzüge
in allen Größen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier,
7852*) **Oranienstr. 166.**

Kohlen billiger!
Briquetts ab 100 Stk. nur 90 Pf.
Beste Qualität Gr. 1 M.
Oberflächliche Steinohle ab 100
Scheffel nur 1,10 M.
Centner nur 1,35 M.
Mitte
J. Fischer, Brombergstr. 14.

Ansverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

